

OCR
PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

560118

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

This is UNEVALUATED Information

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aufbau (Bulletin of the Ministry of Construction)	DATE DISTR.	August 1 1956 25X1
DATE OF INFO.		NO. OF PAGES	1
PLACE ACQUIRED		REQUIREMENT NO.	RD 25X1
DATE ACQUIRED		REFERENCES	25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

[Redacted]

[Redacted] Ministerium fuer Aufbau bulletins for 15 January 1956 and 1 February 1956. Each bulletin contains:

- a. General Section (this section discusses laws and regulations).
- b. Technology and Design.
- c. Building material industry.
- d. Building industry.
- e. Bookkeeping.

25X1
(S)
EST

6 SEP 1956
11/19/56

[Redacted]

(A)
25X1
L/SO

CONFIDENTIAL

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC				
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Approved For Release 2007/12/14 : CIA-RDP83-00418R005400300001-7

Page Denied

Approved For Release 2007/12/14 : CIA-RDP83-00418R005400300001-7

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 15. Januar 1956

Nr. 2

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil			
2. Berichtigung zur Mitteilung betr. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Beitrag für Wohngebäude der VEB — (veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 4/55 vom 1. 12. 55 zu A 7)	1	9. Zahlung von Nachzuschlägen	10
3. Buchungsanweisung — Rückrechnung —	1	10. Haftung bei Projektierungsfehlern — Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (2) —	11
4. Aufstellung der zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen, die das Gebiet der Staatlichen Bauaufsicht betreffen — Stand Dezember 1955 —	2	II. Baustoffindustrie	
5. Buchungsanweisung für die Abrechnung des Planes Forschung und Technik	8	1. Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 — GBl. Sonderdruck 123 vom 15. 11. 55 —	11
B. Besonderer Teil			
I. Technik und Entwurf			
6. Zweite Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen auf Grund der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 17. 2. 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. I S. 175)	9	2. Richtlinien der Baustoffindustrie für die Durchführung der Materialabrechnung der Bedarfsträger nach dem Formblatt 45 (monatlicher Kurzbericht) und nach dem Formblatt 46 (Quartalsbericht) über die Materialbewegung	11
7. Anweisung zur Regelung der Annahme von Auslandsaufträgen	10	3. Fachkontenrahmen, D-Fonds und Quartalsprämie — Mitteilung an die Betriebe der Baustoffindustrie —	15
8. Berücksichtigung der Anfahrwege und Abtragsverhältnisse bei der Projektierung von Baulichkeiten	10	III. Bauindustrie	
		2. Hinweis für die Aufstellung der Kostenpläne — Festpreiskatalog —	16
		3. Materialabrechnung der Bauindustrie im Planjahr 1956	16
		C. Buchbesprechungen	
		1. Die Finanzrevision von Bauorganisationen	16

A. Allgemeiner Teil

2. **Berichtigung zur Mitteilung betr. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Beitrag für Wohngebäude der VEB — (Veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 4/55 vom 1. 12. 1955, Seite 1 zu A 7.)**
Der 1. Absatz der 7. Mitteilung muß richtig heißen: Von der Deutschen Versicherungsanstalt wird mitgeteilt, daß der Beitragssatz für Wohngebäude der volkseigenen Betriebe ab 1. 1. 1956 von 1‰ auf 0,5‰ (nicht von 1% auf 0,5%) ermäßigt wird.
3. **Betr.: Buchungsanweisung — Rückrechnung**
Auf Grund des Abschnitts V der Verordnung vom 6. 1. 1955 über die Verwendung der Gewinne in

den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (Gesetzblatt I Seite 23) hatten die Betriebe im I. Quartal 1955 die Netto-Gewinne an ihre zuständige Hauptverwaltung abzuführen. Eine Verwendung von Gewinnteilen als Zuführung zum Fonds für Investitionen fand nicht statt; zur Finanzierung der planmäßigen Investitionen erhielten die Betriebe Darlehen über die Deutsche Investitionsbank.

Die im I./1955 an die HV abgeführten Gewinne, einschl. der lt. Plan für Investitionen vorgesehenen Gewinnteile, sind zu Lasten des Kontos 9314 — an die Verwaltung zur Umverteilung abgeführte Plan-gewinne — gebucht worden.

Die im I./1955 von der DIB ausgereichten Darlehen zur Finanzierung von Investitionen haben im Regel-

Achtung!

Neuanforderungen und Änderungen zum Bezug der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ sind nicht an den VEB Deutscher Zentralverlag, sondern an die Pressestelle des Ministeriums für Aufbau, Berlin O 17, Postschließfach 150, zu richten. Bisher eingesandte Anforderungen sind im neuen Verteilerschlüssel berücksichtigt worden und brauchen nicht erneut eingereicht werden.

falle zur Bildung des Fonds für Investitionen (Konto 975) in Höhe des tatsächlich in Anspruch genommenen Teils des Darlehens geführt. Nur in den Fällen, in denen Betriebe das Limit des Darlehens zu Lasten des Sonderbankkontos 2401 — Sonderbankkonto Investitionen (erteilte Limite der DIB) — gebucht haben, erfolgt eine Speisung des Fonds für Investitionen in Höhe des Limits unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Darlehens.

Nachdem die Verrechnung der Darlehen gem. Abschnitt V der VO vom 6. 1. 55 über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft auf der Ebene der Hauptverwaltungen mit dem Staatshaushalt und der DIB erfolgte, ist es erforderlich, in den Betrieben die entsprechenden Umbuchungen vorzunehmen.

Um innerhalb der Gewinnverwendung eine richtige Darstellung zu erhalten, ist in Höhe des effektiv in Anspruch genommenen Darlehens wie folgt zu buchen:

9312 — Zuführung zum Fonds für Investitionen —
an 9314 — an die Verwaltung zur Umverteilung abgeführte Plangewinne.

Betriebe, die die Gewinnabführung im I./55 zu Lasten eines anderen Kontos der Kontogruppe 93 gebucht haben, erkennen das entsprechende Konto.

Betriebe, die das Darlehen in Höhe des erteilten Limits eingebucht hatten, berichtigen außerdem durch die Buchung

975 — Fonds für Investitionen —
an 2401 — Sonderbankkonto Investitionen
(erteilte Limite der DIB)

in Höhe des nicht in Anspruch genommenen Teiles des Darlehens.

4. Aufstellung der zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen, die das Gebiet der Staatlichen Bauaufsicht betreffen — Stand Dezember 1955 —

Gesetze, Verordnungen, Anweisungen

1. Das Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz), v. 6. 9. 50 mit Durchführungsbestimmungen.
2. Die örtlich gültige Bauordnung (Baugesetz)
3. Sonderbauordnung für Schornsteinanlagen, Verbindungsstücke und Feuerstätten v. 1. 7. 1955 (Sonderdruck 94, Zentralverlag Berlin)
4. Sonderbauordnung für Versammlungsräume und Theater v. 1. 7. 55 (Sonderdruck 95, Zentralverlag Berlin)
5. Die Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht v. 17. 2. 55 mit 1. und 2. Durchführungsbestimmung (GBl. I 18/55), sowie 3. Durchführungsbestimmung (GBl. I 97/55)
6. VO zur Vorbereitung von Investitionsvorhaben v. 20. 1. 55 (GBl. I S. 88)
(wird Anfang 1956 durch eine neue Verordnung ersetzt)
7. VO zur Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen v. 20. 1. 55 (GBl. I S. 77)
8. Anordnung über die bautechnische Gütekontrolle in den volkseigenen Entwurfsbüros und Baubetrieben v. 23. 6. 55 (GBl. II 35/55, S. 218)
9. Die VO über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werkstätigen v. 6. 2. 53 (GBl. 19/53 S. 265)
10. Gesetz zur Sicherung der Lagerstätten von Bodenschätzen gegen Bebauung v. 14. 33. 51 (GBl. S. 199) sowie 1. und 2. Durchführungsbestimmung v. 10. 6. 54 (GBl. S. 633)
11. Erste Anordnung über die Festsetzung eines bergbaulichen Schutzgebietes v. 18. 11. 55 (GBl. I 102/55 S. 851)
12. Erste Anordnung über die Voraussetzung für die polizeiliche Freigabe von baulichen Anlagen für Massenveranstaltungen v. 1. 3. 52 (GBl. S. 187)
13. VO zum Schutz und zur Erhaltung der vor- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer v. 28. 5. 54 (GBl. S. 547), mit Durchführungsbestimmung
14. Anordnung über die bautechnische Autorenenkontrolle v. 6. 9. 55 (GBl. I 77/55 S. 631)
15. Anordnung über die Durchführung der Architekturkontrolle v. 18. 11. 55 (GBl. I 101/55 S. 144)
16. VO über die hygienische Überwachung der Brunnen v. 3. 8. 51 (GBl. S. 795)
17. VO über die hygienische Überwachung von Wasser und Abwasser v. 23. 7. 53 (GBl. S. 913)
18. VO über die Hygieneinspektion v. 4. 12. 52 (GBl. S. 1271), mit Durchführungsbestimmung
19. VO über die Verwendung volkswirtschaftlich wichtiger Materialien — Einführung von Materialeinsatzlisten und Verwendungsverboten — v. 28. 5. 53 (GBl. S. 795), mit Verwendungsverbotslisten
20. Richtlinien zur Einsparung von Metallen im Bauwesen vom 15. 5. 53 (ZBl. 18/53 S. 236)
21. Anordnung über den baulichen Holzschutz in gedeckten Räumen v. 25. 8. 53 (ZBl. 34/53 S. 435) und Anweisung dazu vom gleichen Tage (ZBl. S. 436)
22. Anordnung über die Imprägnierung des im Freien zur Verwendung gelangenden Holzes v. 27. 9. 51 (GBl. S. 897)
23. Die Bekanntmachungen über die Anerkennung von Holzschutzmitteln (GBl. S. 706/52), (ZBl. 169/53), (ZBl. S. 461/53), (ZBl. S. 531/54), (GBl. II 60/55 S. 403)
24. Richtlinien zur Senkung des Holzverbrauches im Bauwesen vom 7. 2. 55 (3. Sonderheft 1955 der „Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie“)
25. Verfügung über den Schallschutz im Hochbau vom 7. 2. 53 (ZBl. S. 37)
26. Anweisung zur Gewährleistung der Standsicherheit auskragender Bauteile v. 16. 9. 53 (ZBl. 37/53 S. 470)
27. Anordnung über die Anwendung des Traglastverfahrens für die Bemessung im Stahlbetonbau vom 11. 3. 55 (GBl. II S. 108)
28. Anordnung über die Benutzung von Grundstücken zum Zwecke der Energieversorgung v. 10. 9. 54 (GBl. S. 807)
29. Anordnung über die Anwendung der Lehmbauweise und die Ausbildung lehmbautechnischer Kader v. 24. 10. 55 (GBl. II 60/55 S. 395)
30. Anordnung für den Entwurf und die Ausführung von bituminösen Bauwerksdichtungen v. 22. 5. 54 (ZBl. S. 218)
31. Beschluß des Ministerrates über die Erweiterung der Austauschproduktion für Holz und zur weiteren Einsparung von Holz v. 29. 9. 55 (GBl. I 86/55 S. 681)
32. Anordnung über die Anwendung von Typen für landwirtschaftliche Nutzbauten — Vorläufige zentrale Typenliste — vom 25. 3. 55 (GBl. II S. 149)
33. Anordnung über die Anwendung von Typen für landwirtschaftliche Wohnbauten — Vorläufige zentrale Typenliste — vom 21. 6. 55 (GBl. II S. 206)
34. Anordnung über die Anwendung von Typen im volkseigenen Wohnungsbau und den individuellen Eigenheimbau — Vorläufige zentrale Typenliste — v. 6. 7. 55 (GBl. II 38/55 S. 244)

- 35. Anordnung über die Anwendung von Typenreihen für Holzfenster und Holztüren v. 3. 1. 55 (GBl. II 2/55 S. 14)
- 36. Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung und Anwendung von Typen im Bauwesen v. 15. 11. 55 (GBl. II 61/55 S. 406)
- 37. Anordnung vom 8. 12. 55 über die komplexe Planung (GBl. I)
- 38. Richtlinien für die nachträgliche äußere Verkleidung von Bauwerken mit keramischen nichtporösen Platten v. 28. 1. 55

Nr. 196/55 — Standsicherheit der Wände und Bauteile bei Lehmbauten (Dienstsanweisung Nr. 182)

Nr. 197/55 — Belastete Innenwände aus Mauerwerk mit Dicken = 24 cm

Direktive für die Instandsetzung von Altwohnungen im Jahre 1955 v. 4. 1. 54

Begriff, Anwendung und Verarbeitung des Baustoffes Lehm (Lehmbauordnung) v. 23. 12. 53 (1. Sonderheft 1/53 der „Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie“)

Verzeichnisse der vom Entwurfsbüro für Typung herausgegebenen und zur Zeit gültigen Arbeiten (Stand II. Quartal 1955) betreffend:

- a) Gesellschaftliche Bauten.
- b) Wohnungsbauten,
- c) Ländliche Bauten,
- d) Industriebauten,
- e) Elemente.
- f) Hilfsmittel

Dienstsanweisungen des Ministeriums für Aufbau

Nr. 26/52 — Gerüstordnung DIN 4420 und ASB 331 — GBl. 61 — v. 11. 5. 53

Nr. 11/54 — Ländliches Bauwesen — Arbeitsanweisung für die Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke

Nr. 110/54 — Bearbeitung wasserwirtschaftlicher Vorprojekte und Projekte

Nr. 119/54 — Behandlung von Koordinaten und Höhen

Nr. 133/54 — Senkung des Holzverbrauches

Nr. 170/55 — Anwendung von Steinholzfußböden

Nr. 182/55 — Über die Standsicherheit der Wände und Bauteile bei Lehmbauten

sowie alle weiteren bisher erlassenen Gesetze, Verordnungen, Dienstsanweisungen und Rundschreiben bzw. die erlassen werden und für die Arbeit der Staatlichen Bauaufsicht maßgebend sind.

DIN-Blätter, die als Richtlinien für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht gelten

DIN Nr.	Gegenstand der Vorschrift	Verbindlichkeits- erklärung
104	Holzbalkendecken	ZBl. 18/52
Bl. 1	Balken auf zwei Stützen Berechnung	
105	Mauerziegel	ZBl. 4/52
106	Kalksandsteine (Mauersteine) dazu Anweisung zur Anwendung von DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau — vom 2. 3. 52	ZBl. 9/53
278	Tonhohlplatten (Hourdies)	GBl. S. 442/53
398	Hüttensteine (Mauersteine)	ZBl. 12/53
1045	Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton	ZBl. 4/52
1046	Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton Bestimmungen für Ausführung von Stahlsteindecken	ZBl. 16/50
1047	Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton Bestimmungen für Ausführung von Bauwerken aus Beton	ZBl. 16/50
120	Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen	ZBl. 24/53
Bl. 1 u. 2	Grundsätze für die bauliche Durchbildung	
120	Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen	ZBl. 24/53
Beibl.	Erläuterungen	
	Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53	
1050	Berechnungsgrundlagen im Hochbau	ZBl. 16/50
1050	Berechnungsgrundlagen für Stahl im Hochbau	
Bl. 2	Sechskantschrauben mit Sechskantmutter Rohe Scheiben Metrische Gewinde	ZBl. 34/51
1051	Berechnungsgrundlagen für Grauguß im Hochbau	ZBl. 34/51
1052	Holzbauwerke Berechnung und Ausführung	ZBl. 12/53
1053	Mauerwerk Berechnung und Ausführung	ZBl. 24/53
	dazu Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53	
1054	Richtlinien für die zulässige Belastung des Baugrundes und der Pfahlgründung dazu Anweisung zur Anwendung vom 23. 2. 54 ZBl. S. 76	ZBl. 16/50
1055	Lastannahmen für Bauten	
Bl. 1 u. 2	Bau- und Lagerstoffe Bodenarten und Schüttgüter	ZBl. 34/51

DIN Nr.	Gegenstand der Vorschrift	Verbindlichkeits- erklärung
1055 Bl. 3	Lastannahmen für Bauten Verkehrslasten	ZBl. 34/51
1055 Bl. 4 u. 5 Beibl.	Lastannahmen im Hochbau Verkehrslasten — Windlast — Schneelasten — Erläuterungen	ZBl. 34/51
1072	Straßen- und Wegebrücken Lastannahmen dazu Anweisung zur Anwendung vom 20. 5. 54 ZBl. S. 243/54	ZBl. S. 243/54
1073	Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken	ZBl. 16/50
1073 Anhang	Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken, Anhang	ZBl. 16/50
1074	Holzbrücken; Berechnung und Ausführung	ZBl. 16/50
1075	Massive Brücken Berechnungsgrundlagen	ZBl. 18/52
1102	Holzwohle- Leichtbauplatten nach DIN 1101 im Hochbau Richtlinien für die Verwendung	ZBl. 18/52
1116	Betondachsteine, Biberschwanz	ZBl. S. 547/54
1118	Betondachsteine, Pfanne	GBI. II S. 113/55
1164	Portlandzement, Eisenportlandzement, Hochofenzement	ZBl. 18/52
1986 Bl. 1 u. 2	Grundstücksentwässerungsanlagen	ZBl. S. 354/54
1997	Absperrvorrichtungen in Grundstücksentwässerungsanlagen, Baugrundsätze	ZBl. 34/53
4021	Grundsätze für die Entnahme von Bodenproben zur Untersuchung des Untergrundes für Bau- und Wassererschließungszwecke	ZBl. 20/50
4022	Einheitliches Benennen der Bodenarten und Aufstellen der Schichten- verzeichnisse zur Untersuchung des Untergrundes für Bau- und Wasser- erschließungszwecke	ZBl. 16/50
4024	Stützkonstruktionen für rotierende Maschinen (vorzugsweise Tischfunda- mente für Dampfturbinen)	GBI. II 59/55
4028	Bestimmungen für Herstellung und Verlegung von Stahlbeton-Hohldielen	ZBl. 16/50
4030	Beton in betonschädlichen Wässern und Böden Richtlinien für die Ausführung	GBI. II S. 113/55
4074	Bauholz-Gütebedingungen	ZBl. 16/50
4100	Vorschriften für geschweißte Stahlhochbauten	ZBl. 16/50
4101	Vorschriften für geschweißte, vollwandige, stählerne Straßenbrücken	ZBl. 16/50
4106	Wanddicken für Wohnungsbauten Decken als Balken auf zwei Stützen, rechtwinklig zur Mittelwand gespannt dazu Anweisung zur Anwendung vom 1. 11. 53 ZBl. 42/53	ZBl. 43/53
4108	Wärmeschutz im Hochbau dazu Anordnung zur Anwendung vom 3. 3. 53 ZBl. 9/53	ZBl. 49/52
4111 Bl. 1	Stählerne Bohrtürme für Tiefbohrungen Stählerne Fördertürme für Erdölgewinnung — Berechnungsgrundlagen	ZBl. 34/51
4112	Berechnungsgrundlagen für Fliegende Bauten dazu Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53	ZBl. 24/53
4114 Bl. 1	Stahlbau Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) — Berechnungsgrund- lagen — Vorschriften dazu Anweisung zur Anwendung vom 31. 8. 53 ZBl. 34/53	ZBl. 49/52
4114 Bl. 2	Stahlbau Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) — Berechnungsgrund- lagen — Richtlinien	ZBl. 34/53
4117	Abdichtung von Hochbauten gegen Erdfeuchtigkeit — Richtlinien	ZBl. 34/51
4118	Fördergerüste für den Bergbau Lastannahmen und Berechnungsgrundlagen	ZBl. 4/52
4120	Sparsames Bauen, Richtlinien für bauwirtschaftliche Maßnahmen	ZBl. 4/52
4135	Technische Vorschriften für Tiefbau — Einbau von Stadtentwässerungs- leitungen	ZBl. 16/50

DIN Nr.	Gegenstand der Vorschrift	Verbindlichkeits- erklärung
4150	Erschütterungsschutz im Bauwesen	ZBl. 4/52
4158	Deckenhohlkörper aus Leichtbeton für Stahlbeton-Rippendecken	ZBl. 20/50
4159	Lochziegel für Stahlsteindecken	ZBl. 20/50
4160	Lochziegel für Stahlbeton-Rippendecken	ZBl. 20/50
4164	Gas- und Schaumbeton	ZBl. 12/53
4172	Maßordnung im Hochbau	ZBl. 4/52
4174	Geschoßhöhen und Treppensteigungen	ZBl. 4/52
4207	Mischbinder	ZBl. 20/50
4208	Anhydritbinder dazu Anordnung zur Anwendung vom 12. 12. 52 GBl. 179 S. 1348	
4225	Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton; Fertigbauteile aus Stahlbeton, Richtlinien für Herstellung und Anwendung	ZBl. 42/52
4226	Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton; Betonzuschlagstoffe aus natürlichen Vorkommen, vorläufige Richtlinien für die Lieferung und Abnahme	ZBl. 20/50
4227	Spannbeton, Richtlinien für die Bemessung und Ausführung dazu Anweisung zur Anwendung vom 11. 9. 54 ZBl. S. 453	ZBl. S. 453/54
4229	Tragwerke aus Glasstahlbeton Grundsätze für die Ausführung	ZBl. 34/51
4230	Rohrbrücken aus Stahlbeton	ZBl. 20/50
4232	Geschüttete Leichtbetonwände für Wohn- und andere Aufenthaltsräume Richtlinien für die Ausführung	ZBl. 12/50
4233	Balken- und Rippendecken aus Stahlbeton-Fertigbalken und Füll- körpern — F-Decke —	ZBl. S. 244/54
4234	Stahlbetonmaste — Bestimmungen für die Bemessung und Herstellung	ZBl. 43/53
4261	Vorläufige Richtlinien für die Verwendung, den Bau und den Betrieb von Grundstückskläranlagen	ZBl. 20/50
4411	Leitergerüste	
4420	Gerüstordnung (Änderung des Absatzes „Grundsatz“) „Für den Bereich der DDR gelten anstelle der Unfallverhütungs- vorschriften die einschlägigen ASB.“	ZBl. 1/53
5034	Leitsätze für Tagesbeleuchtung	ZBl. 4/52
18017	Lüftung innenliegender Bäder und Spülaborte durch senkrechte Schächte und Querkanal ohne Motorenkraft dazu Anweisung zur Anwendung vom 1. 6. 53 ZBl. 21/53	ZBl. 42/52
18081	Feuerbeständige Stahltür (Fb 1 — Tür) dazu Anweisung zur Anwendung vom 11. 9. 54 ZBl. S. 453	ZBl. S. 546/54
18151	Hohlblocksteine aus Leichtbeton	ZBl. 49/52
18152	Vollsteine aus Leichtbeton	ZBl. 49/52
18162	Wandbauplatten aus Leichtbeton (unbewehrt)	ZBl. S. 547/54
18163	Wandbauplatten aus Lehm	ZBl. S. 611/54
18500	Betonwerkstein, Güte, Prüfung und Überwachung	GBl. II 59/55
52211	Schalldämmzahl und Norm — Trittschallpegel — Einheitliche Mitteilung und Bewertung von Meßergebnissen dazu Anweisung zur Anwendung vom 4. 3. 54 ZBl. S. 94	ZBl. S. 94/54
TGL 71 : 1	Industriehallen; einschiffig, Grundmaße	
TGL 71 : 4	Tragende Wände aus Beton und Stahlbeton im Hochbau — Vorläufige Richtlinien für Bemessung und Ausführung	GBl. II 59/55
TGL 32335 : 1	Aufzüge	
ETB	(Einheitlich technische Baubestimmungen) Okt. 55 Beibl. zu DIN 106 Beibl. 1 (enthält Ergänzungen und Änderungen von DIN. 1053, 1055, 4102, 4106, 4108, 4109)	

**DIN-Blätter, die als Hinweise für die Organe
der Staatlichen Bauaufsicht gelten**

Zum Teil ist die Verbindlichkeitserklärung dieser Normblätter noch nicht erfolgt, weil sie sich in Überarbeitung befinden, zum Teil kommt die Verbindlichkeitserklärung nicht in Frage, da es sich um Normblätter handelt, die lediglich als Hinweis zur Bearbeitung bautechnischer Fragen dienen.

DIN Nr.	Gegenstand der Vorschrift
1056	Grundlagen für die Ausführung freistehender Schornsteine, Ausgabe August 1940
1057	Schornsteinmauersteine, Ausgabe August 1940
1058	Säureschornsteine, Ausgabe Oktober 1944
1060	Baukalk, Ausgabe Juli 1955
1168	Baugipse, Ausgabe März 1955
2425	Richtlinien für Rohrnetzpläne der Gas- und Wasserversorgung, Ausgabe Februar 1940
4031	Wasserdruckhaltende Dichtungen für Bauwerke, wasserhaltende Dichtungen aus nackten Teerpappen oder nackten Asphalt-Bitumen-Platten, Ausgabe März 1952
4102	Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme, Ausgabe November 1940
4103	Leichte Trennwände — Richtlinien für die Ausführung, Ausgabe Juni 1950
4107	Richtlinien für die Beobachtung der Bewegung entstehender und fertiger Bauwerke, Ausgabe Februar 1937
4110	Technische Bestimmungen für Zulassung neuer Bauweisen, Ausgabe Februar 1944
4115	Stahlleichtbau und Stahlrohrbau im Hochbau, Richtlinien für die Zulassung, Ausführung, Bemessung, Ausgabe August 1950
4121	Hängende Drahtputzdecken (Rabitzdecken), Richtlinie für die Ausführung, Ausgabe August 1951
4129	Trag- und Abspannseile von Kranen, Ausgabe Februar 1948
4163	Ziegelsplittbeton, Bestimmungen für Verwendung und Herstellung, Ausgabe Februar 1951
4209	Braunkohlenasche als Bindemittel, Ausgabe Mai 1948
4210	Sulfathüttenzement, Ausgabe Februar 1954
4235	Innenrüttler zum Verdichten von Beton, Ausgabe Oktober 1955
4701	Regeln für die Berechnung des Wärmebedarfs von Gebäuden, Ausgabe Juli 1947
5035	Innenraumbelichtung mit künstlichem Licht — Zeitsätze, Ausgabe Juli 1953
14010	Klassifizierung der Brände, Ausgabe Juli 1954
18012	Hausanschlußraum, Bautechnische Richtlinien, Ausgabe Oktober 1955
18052	Einfachfenster, Ausgabe Oktober 1955
Bl. 1 u. 2	
18550	Putz, Baustoffe und Ausführung, Ausgabe Oktober 1955
52180	Holzprüfungen, Allgemeine Grundsätze, Ausgabe Juni 1952
52181	Holzprüfungen, Bestimmung der Wuchseigenschaften, Ausgabe Mai 1952
52183	Holzprüfungen, Bestimmung des Feuchtigkeitsgehaltes, Ausgabe Juni 1952
52184	Holzprüfungen, Schwind- und Quellversuch, Ausgabe April 1952

DIN Nr.	Gegenstand der Vorschrift
52185	Holzprüfungen, Druckversuche in Faser- richtung, Ausgabe Dezember 1954
Bl. 1	
52185	Holzprüfungen, Druckversuch quer zur Faser- richtung, Ausgabe Dezember 1954
Bl. 2	
52187	Holzprüfungen, Scherversuch, Ausgabe November 1954
52360	Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955
52361	Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955
52362	Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955
††	
	Spannstahl und Spannverfahren für Spann- beton nach DIN 4227 — Vorläufige Richtlinien für die Prüfungen auf Zulassung und Abnahme, Ausgabe Oktober 1954

Arbeitsschutzbestimmungen

ASB Nr.	Gegenstand der Bestimmungen
2	Pflichten und Rechte der Beschäftigten
11	Arbeitsräume, Fenster, Türen, Treppen, Beleuchtung, Heizluken, Verkehrswege
12	Ausziehbare Leitern
17	Transport
18	Lagerung
20	Erste Hilfe und Verhalten bei Unfällen
101	Viehhaltung
102	Huf- und Klauenbeschlag
105	Dreschmaschine, Strohpressen und Strohbinder
106	Häckselmaschinen und andere Futter- aufbereitungsanlagen
107	Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
141	Öffentliche Beleuchtung
142	Gaswerke
143	Wasserwerke
144	Entwässerungswerke
154	Ofenbetriebe der Industrie der Steine und Erden
155	Keramische Industrie
158	Verhütung von Bleierkrankungen in den Be- trieben der keramischen Industrie
161	Hochöfen, Niederschachtöfen und Gichtgas- leitungen
164	Elektro-Lichtbogenöfen
165	Walzwerke
166	Drahtzieh- und Drahtstiftmaschinen
167	Hammerwerke und Schmiedepreßwerke
181	Gießereien (Grau-, Temper-, Stahl-, Metallguß)
183	Magnesiumlegierungen
191	Montage von Stahlbauten
192	Metalbearbeitung
194	Zyanidhärtereien
195	Metallbrennen
196	Wärmebehandlung von Leichtmetallen in Salpeterbädern
201	Besondere Arbeitsmaschinen der chemischen Industrie
202a	Allgemeine Sprengstoffvorschriften
202b	Herstellung von Schwarzpulver
202c	Herstellung von rauchschwachem Pulver

ASB Nr.	Gegenstand der Bestimmungen	ASB Nr.	Gegenstand der Bestimmungen
202d	Herstellung und Verarbeitung von Pikrinsäure und Trinitroreseroim	374	Tankreinigungs- und Ausbesserungsarbeiten auf Schiffen und Öltanks
202e	Herstellung und Verarbeitung von Trinitrotoluol	391	Stauereibetriebe
202f	Herstellung von Nitroglyzerinsprengstoffen	445	Infektionsverhütung
202g	Herstellung von Ammonsalpetersprengstoffen	491	Tapezier- und Dekorationsbetriebe
202h	Herstellung von Zündschnüren und elektrischen Zündern	511	Kraftmaschinen einschl. Göpel
202i	Herstellung von Sprengkapseln und Zündhütchen	513	Generatoren und Generatorgasleitungen
202k	Herstellung von Feuerwerkskörpern jeder Art	521	Kompressoren
202l	Laden und Entladen von Patronen für Feuerwaffen	522	Kälteanlagen
202m	Herstellung von Chloratsprengstoffen	530	Arbeitsmaschinen (Allgemeines)
204	Herstellung von Lack, Firnis und Wachslösungen, Fettsieden und Bereiten von Degras sowie Schmelzen von Pech	531	Fallwerke
205	Betriebe, in denen aromatische Nitro- oder Amineverbindungen hergestellt oder regelmäßig in größeren Mengen wiedergewonnen werden	532	Kollergänge
206	Vorschriften für Betriebe zur Gewinnung und Verwendung von Phosphor	535	Waschmaschinen
207	Gewinnung und Verwendung von Blei und seinen Verbindungen	537	Rammen
208	Herstellung von Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen	541	Triebwerke (Transmissionen)
231	Holzbearbeitung und Holzverarbeitung	613	Anstricharbeiten unter Anwendung des Spritz- und Tauchverfahrens
232	Holzbearbeitungsmaschinen	614	Lacktrockenöfen
241	Papier- und Pappenindustrie	616	Befahren von Behältern, Apparaten, Rohrleitungen, Gruben usw.
251	Papierverarbeitung	622	Verhütung von Staublungerkrankungen (Silikose-Vorschriften)
271	Lederherstellung	631	Herstellung von Leitungsgräben und Verlegen von Leitungen in die Erde
272	Wachstuch- und Kunstlederherstellung	711	Verwendung von Trockeneis (feste Kohlensäure)
281	Lederverarbeitung	721	Verwendung von Salpetersäure
292	Roßhaarspinnerei, Haar- und Borstenzurichtereien sowie Bürsten- und Pinselmachereien	722	Arbeiten mit Flußsäure
301	Bekleidungsindustrie einschl. Reinigungsbetriebe, Schuhfabrikation, Lederverarbeitung — Mangeln, Wäschereien, Plätt- und Bügelmaschinen, Dekatier- und Appretiermaschinen	723	Arbeiten mit Quecksilber und seinen Verbindungen
302	Benzinwäschereien	728	Kennzeichnung der Lösungs- und Verdünnungsmittel sowie Kennzeichnung der Erzeugnisse, in denen Lösungs- oder Verdünnungsmittel enthalten sind
303	Verwendung gesundheitsschädigender flüchtiger, nichtbrennbarer Lösungsmittel zu Reinigungszwecken	733	Erzeugung und Verwendung von Kohlensäure in der Zuckerindustrie
311	Nahrungsmittelindustrie	800	Dampfkessel
312	Mühlenindustrie	810	Niederdruckkessel, Heiß- und Warmwasserbereiter
313	Schlachthöfe und fleischverarbeitende Betriebe	820	Betriebsvorschriften für Kesselwärter von Landdampfkesseln und auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt
314	Molkereien, Dauermilch- und Käsefabriken	821	Bedienung von Ölf Feuerungen an Dampfkesselanlagen
315	Zuckerindustrie	822	Bedienung von Gasfeuerungen an Dampfkesselanlagen
316	Stärkefabriken	823	Bedienung von Staubfeuerungen an Dampfkesselanlagen
317	Fischverarbeitende Industrie	350	Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten
321	Brauereien und Mälzereien	860	Verwendung von ortsbeweglichen Druckgasbehältern für Chlor
322	Herstellung von Mineralwasser	867	Verwendung von Stahlflaschen für verdichtetes Stadt-, Fern-, Klärgas oder Methan
323	Tabakverarbeitende Industrie	869	Zulassung von ortsbeweglichen Druckgasbehältern österreichischer Erzeugung
324	Brennereien und Spirituosenfabriken	870	Azetylen-Erzeugungsanlagen und Lagerung von Calcium-Carbid
331	Hochbau, Tiefbau und Baunebengewerbe	871	Bau und Betrieb von Azetylenfabriken
335	Unterkunft bei Bauten	878	Transport und Lagerung von flüssigem Sauerstoff in Tankbehältern
336	Schornsteinefegergewerbe	900	Überwachung elektrischer Anlagen
345	Bahnhofs- und Bahnpostdienst	901	Schaltberechtigte Personen für elektrische Starkstromanlagen
353	Gleisanlagen und Fahrleitungen	904	Errichtung und Betrieb elektrischer Anlagen
361	Fahrzeuge	908	Hebezeuge und Anschlagmittel
362	Ausbesserungswerkstätten für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren	910	Bauaufzüge
		952	Elektromedizinische Anlagen
		955	Errichtung und Überwachung von Blitzschutzanlagen

5. Buchungsanweisung für die Abrechnung des Planes Forschung und Technik

Auf Grund der Anordnung vom 4. Oktober 1955 (GBl. 1955 S. 669) wird folgende Buchungsanweisung erlassen:

1. **Aktivierung der Kosten für bereits abgerechnete Arbeiten** des Planes Forschung und Technik, die 1956 fortgesetzt oder 1956 in die Produktion übernommen werden, (Fortsetzungsthemen) gemäß § 3, Abs. 3 der Verordnung.
Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
2. **Aktivierung von Grundmitteln**, die für die unter 1. genannten Forschungsaufträge angeschafft wurden.
Per 274 Forschung und Entwicklung
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
3. **Buchung der zur Verfügung gestellten Mittel** für Arbeiten des Planes Forschung und Technik im Jahre 1956 gem. § 3, Abs. 1 der Verordnung
Per 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
4. **Abrechnung der Mittel für Forschung und Technik** gem. § 1, Abs. 1 der Verordnung
 - a) Beschaffung von Material
Per 182 Zweckgebundenes Material für Forschung und Entwicklung
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
 - b) Beschaffung von Grundmitteln
Per 274 Forschung und Entwicklung — Grundmittel —
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferung und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
 - c) Verbrauch fremder Leistungen
per 33 Verbrauch fremder Leistungen
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
Per 40 Produktionskonto
an Ausgleichskonto Kl. 3
 - d) Verbrauch von eigenem und zweckgebundenem finanziertem Material gem. § 1, Abs. 1
Per Kl. 3 Kostenarten Material
an 182 Zweckgebundenes Material für Forschung und Entwicklung
an Bestandskonten 11 — 16 —
Richtsatzgebundene Materialvorräte

e) Buchung der Löhne und anderer Kostenarten für Leistungen Forschung und Entwicklung
Die Buchung der Löhne und anderer Kostenarten erfolgt bis zur Belastung des Kontos 40 wie bei anderen Leistungen. Dies trifft auch für eigene Hilfsleistungen zu.

5. Abrechnung des Forschungs- und Entwicklungsauftrages

- Per 605 Gesamtselbstkosten (bewertet zu Produktionsselbstkosten)
an 40 Produktionskonto
Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 600 Erlös
Buchung Rechnungsbetrag ohne bereits finanzierten Materialverbrauch (Abgänge Konto 182)
Per 220 Verrechnungskonto
an 243 Sonderbankkonto

6. Abrechnung der Nullserie gem. § 1, Abs. 5 b (Produktionsselbstkosten einschließlich Gewinn und Produktionsabgabe)

- Per 605 Gesamtselbstkosten
an 40 Produktionskonto
Per 608 Produktionsabgabe
an 9602 Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt aus Produktionsabgabe
Per 43 Vorleistungen
an 600 Erlös
Per 220 Verrechnungskonto
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung

7. Das Forschungsthema wird in die Produktion übernommen

- A) im Betrieb A, der die Forschung und Entwicklung durchgeführt hat (§ 4, Abs. 1)
- a) Übernahme der Grundmittel
Per 00 Grundmittel der Industrie
an 274 Forschung und Entwicklung
Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9040 Zugänge zum Grundmittelfonds
 - b) Verrechnung der Vorleistungen in die Selbstkosten der neuen Produktion
Per 40 Produktionskonto
an 43 Bestand an Vorleistungen
 - c) Abführung der Kosten Forschung und Entwicklung, die in die Warenproduktion verrechnet wurden
Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten an den Haushalt (Kapitel 612)
Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten
an 220 Bank-Verrechnungskonto

B) Forschungsthema wird zur Aufnahme in die Produktion an Betrieb B übergeben (§ 4, 4)

Betrieb A bucht:

- a) Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen
- b) Werden nach § 4, Abs. 3, von der zuständigen Hauptverwaltung bzw. übernehmenden Betrieb die Höhe der Forschungs- und Entwicklungskosten nicht voll anerkannt, ist zu buchen:

Der anerkannte Betrag wird gebucht:

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

Der nicht anerkannte Betrag gem. § 4, 3 b, wird gebucht:

Per 739 Sonstige Kosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 97120 Fonds für Forschung und Entwicklung
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten an den Haushalt
(Kapitel 612)

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten
an 220 Bank-Verrechnungskonto

c) Ausbuchung gem. § 4, Abs. 3, Ziffer c

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

d) Betrieb B bucht gem. § 4

Per 274 Forschung und Entwicklung
an 97121 Übernommene Kosten aus Arbeiten des Planes Forschung und Technik

Werden dem Betrieb B Grundmittel aus dem Plan Forschung und Technik übergeben:

Bucht Betrieb A:

Per 97120 Fonds der Forschungs- und Entwicklungskosten
an 274 Forschung und Entwicklung

Betrieb B bucht:

Per 00 Grundmittel der Industrie
an 9040 Zugänge zum Grundmittelfonds

f) Amortisation der übernommenen Kosten

Per 33 Fremde Leistungen
an 274 Forschung und Entwicklung

Per 97121 Übernommene Kosten aus Arbeiten des Planes Forschung und Technik
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
(Kapitel 612)

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
an 220 Bank-Verrechnungskonto

8. Ausweis von Anlaufkosten gem. § 10

Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 40 Produktionskonto

Per 263 Forderungen an die DIB
an 9710 Fonds für Anlaufkosten

Per 220 Bank-Verrechnungskonto
an 263 Forderungen an die DIB

9. Verrechnung der Anlaufkosten in die laufende Produktion

Per 40 Produktionskonto
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 9710 Fonds für Anlaufkosten
an 965 Verbindlichkeiten gegenüber der DIB

Per 965 Verbindlichkeiten gegenüber der DIB
an 220 Bank-Verrechnungskonto

10. Verkauf von Nullserie gem. § 1, Abs. 6

Per 25 Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
(Kapitel 612)

Per 220 Bank-Verrechnungskonto
an 25 Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
an 220 Bank-Verrechnungskonto

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

6. Zweite Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen auf Grund der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 17. Februar 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. I S. 175)

Auf Grund des Beschlusses der Zulassungskommission für Bausachverständige beim Ministerium für Aufbau vom 30. November 1955 sind folgende Bausachverständige zugelassen worden:

1. für Allgemeinen Hochbau

Eichler, Friedrich, Dipl.-Ing., Berlin-Pankow,
Clausthaler Straße 5
Kaatz, Bruno, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 153
Lehmann, Gerhard, Zernsdorf b/Königswusterhausen, Triftstraße 13
Becker, Eberhard, Dipl.-Ing., Halberstadt,
E.-Cotton-Straße 1
Denner, Wittenburg/M., Rosenstraße 14

2. für Statik und Konstruktion

Batareau, Prof., Dipl.-Ing., Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar, Geschwister-Scholl-Straße 8
Dressel, Joh., Dipl.-Ing., Plauen, Nordstraße 8

3. für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung

Marung, Hans, Dipl.-Ing., Schwerin, Weinbergstr. 12

4. für Baugrund und Gründung

Lufsky, Karl, Dipl.-Ing., Berlin-Friedrichsfelde,
Marie-Curie-Allee 74

5. für Haustechnik

Böschel, Erwin, Dipl.-Ing., Berlin-Kaulsdorf,
Ferdinandstraße 12

6. für Wertermittlung

Hauffe, Walter, Dr., Dresden A 40, Poisenweg 8
Wannicke, Rudolf, Cottbus, Wernerstraße 20
Siegemund, Otto, Darze, Krs. Parchim
Blohm, Wilhelm, Neustrelitz, Th.-Münzer-Straße 18
Metzner, Rud. Dresden-W. H., An der Berglehne 1
Wolf, Fritz, Dresden A 36, Niedersedlitzer Straße 26
Schawe, Friedrich, Wittenberge, Stalin-Allee 38
Stamm, Werner, Bad Köstritz, Rudolf-Breitscheid-Straße 13
Silge, Kurt, Pößneck, Hohe Straße 70
Moneke, Alwin, Meiningen, Schöne Aussicht 9
Schäfer, Moritz, Magdeburg, Winkelmannstraße 14
Kunith, Felix, Halberstadt, Eitzstraße 8
Trapper, Willy, Sonneberg, Schleicherstraße 16
Donath, Oskar, Meißen, Gabelsbergerstraße 2
Tetzner, Hermann, Dresden 46, Heinr.-Bauer-Str. 2
Gobsch, Erich, Hänichen, Nr. 60, Krs. Freital
Looke, Fritz, Oppach 181, Krs. Löbau/Sa.
Naue, Kurt, Dr., Dresden N 23, Wurzener Straße 62

Herbig, Emil, Löbau, Weißenbergerstraße 37
 Röhl, Adolf, Berlin-Weißensee, Tassostraße 5
 Dahl, Albert, Rostock, Lowarkweg 8
 Feige, Paul, Rostock, Bleicherstraße 5
 Rolletschek, Schöneberg, Krs. Grevesmühlen,
 Kalter Damm 7
 Helbig, Karl, Karl-Marx-Stadt, Annenstraße 30
 Sezig, Felix, Potsdam-Babelsberg, Dieselstraße 58
 Frohloff, Paul, Beelitz, Berliner Straße 27
 Lüdke, Otto, Potsdam-Babelsberg, Wichgrafstr. 11
 Dase, Adolf, Pritzwalk, Meyenburger Tor 38
 Sander, Paul, Kölleda, Kreis Sömmerda, Bahnhof-
 straße 56
 Fischer, Emil, Saalfeld/S., Lutherstraße 4
 Richter, Fritz, Dresden N 52, Königsberger Straße 40
 Furkert, Rudolf, Dresden N 54, Schewenstraße 7
 Putzke, Arthur, Ludwigslust, Kienoverstraße 21
 Gessel, Otto, Dresden A 53, Reinhold-Becker-Str. 20
 Hillmann, Arno, Reichenbach/V., Markt 12
 Grunert, Fritz, Dipl.-Ing., Görlitz, Kamenzer Str. 5
 Strübing, Hermann, Waren/Müritz, Gustav-
 Melchert-Straße 5
 Sieges, Alex, Staßfurt, Hohenerxlebener Straße 25
 Gause, Gustav, Karl-Marx-Stadt, Walter-Oertel-
 Straße 40
 Schraps, Paul, Gera, Südstraße 47
 Hauptmann, Max, Bautzen, Boleslav-Bierut-Str. 19
 Mangold, Karl, Freiberg, Schönlebestraße 6
 Eschenbach, Franz, Gera, Texdorfer Weg 5
 Vogel, Kurt, Cottbus, Karl-Liebknecht-Straße 28
 Schwalbe, Willi, Schwerin, Goethestraße 7
 Backen, Detlef, Jena-Lobeda, Saalweg 10
 Richter, Hans, Dipl.-Ing., Greiz, Zentastraße 4
 Schultze, Leopold, Dipl.-Ing., Grimmen, Karl-
 Marx-Straße 11
 Päßler, Walther, Plauen, Dr.-Kurt-Fischer-Straße 53
 Haas, Oswin, Limbach-Oberfrohna, Kreis Karl-
 Marx-Stadt, Mittelstraße 2
 Schmeißer, Walter, Plauen i. V., Jöbnitzer Str. 82
 Kern, Paul, Dipl.-Ing., Plauen i. V., Schildstraße 28
 Kersting, Josef, Merseburg, Bez. Halle, Kinzigweg 11
 Pintrowa, Rudolf, Greiz, Vater-Jahn-Straße 10
 Dreßler, Georg, Hohnstein, Kreis Sebnitz, Bezirk
 Dresden, Dresdner Straße 17
 Bürgel, Max, Wilkau-Haßlau, Kreis Zwickau,
 August-Bebel-Straße 19
 Madaus, Ernst, Schwerin, Am Ziegelsee 25
 Thau, Gerhard, Pößneck, Raniserstraße 25
 Naundorf, Ernst, Rositz, Kreis Altenburg, Bezirk
 Leipzig, Querstraße 6
 Zimmer, Georg, Leipzig O 27, Naunhofer Straße 55
 Höche, Ottomar, Berlin-Mahlsdorf, Kiekemaler-
 straße 4
 Hellriegel, Otto, Leipzig N 22, Hannoversche Str. 20
 Friedrich, August, Berlin-Pankow, Binzstraße 62a
 Kießhauer, Hans, Gotha, Freiligrathstraße 10
 Schellhas, Hermann, Oranienburg, Heidelberger
 Straße 28
 Pippel, Paul, Leipzig W 33, Hahnemannstraße 1
 Prescher, Willi, Halle/Saale, Meckelstraße 14a
 Senst, Kurt, Hundeluft, Kreis Roßlau, Bezirk Halle,
 Dorfstraße 67
 Wegener, Richard, Sangerhausen, Borggasse 19
 Leonhardt, Hugo, Bad Bibra, Kreis Nebra, Bezirk
 Halle, Lauchaer Straße 73
 Menzel, Kurt, Weißenfels, Moritz-Hill-Straße 7
 Krimmling, Paul, Halle/Saale, Brüderstraße 5
 Wittig, Hermann, Glauchau, Otto-Schimmel-Str. 13
 Rößler, Walter, Karl-Marx-Stadt, Oberfrohnaer
 Straße 4
 Luther, Erwin, Dresden A 22, Niederwaldstr. 24 II
 Rothe, Herbert, Dresden A 28, Rud.-Renner-Platz 5
 Dunker, Johannes, Parchim, Stalin-Allee 20
 Kahl, Albert, Wittenberge, Ernst-Thälmann-Str. 12
 Raecke, Richard, Calbe/Saale, Kreis Schönebeck,
 Bezirk Magdeburg, Stalin-Allee 31

Standhardt, Wolfgang, Gotha, Dr.-Wilhelm-Külz-
 Straße 3
 Salzmann, Paul, Gotha, Katharinenstraße 1
 Höser, Erich, Gotha, Goethestraße 39
 Wolf, Hans-Joachim, Gotha, Reuterstraße 10
 Döring, Erich, Zittau, Rosa-Luxemburg-Straße 37
 Rödiger, Otto, Merseburg, Thomas-Münzer-Straße 58
 Mangold, Willi, Hohenkirchen, Hauptstraße 43
 Schubert, Hermann, Bedheim Nr. 114, Kreis Hild-
 burghausen
 Fexer, Georg, Eisenach, Clemensstraße 3a
 Golle, Moritz, Dipl.-Arch., Greiz, Gartenweg 2b
 Becker, Eberhard, Dipl.-Ing., Halberstadt,
 E.-Cotton-Straße 1
 Denner, Gerhard, Wittenburg/M., Rosenstraße 14
 Prendke, Paul, Buckow, Clara-Zetkin-Straße 36
 Strach, Paul, Cottbus, Bahnhofstraße 62
 Steinmüller, Max, Leipzig N 22, Cöthnerstraße 52 I
 Markgraf, Kurt, Rodewisch/Vogtl., Lengfelder
 Straße 16

7. Anweisung zur Regelung der Annahme von Auslandsaufträgen

Zur Gewährleistung einer termingerechten Erfül-
 lung der Exportverpflichtungen durch die Entwurfs-
 büros für Industriebau des Ministeriums für Auf-
 bau und zur Sicherung eines kontinuierlichen Ab-
 laufes der Projektierung für die Investitions- und
 Lizenzvorhaben in der Deutschen Demokratischen
 Republik werden ab 1. 1. 1956 für die bautechnische
 Projektierung von Vorhaben im Ausland vom
 Ministerium für Aufbau, HV Städtebau und Ent-
 wurf, Abteilung Planung, an die Entwurfsbüros für
 Industriebau des Ministeriums für Aufbau Auflagen
 erteilt.

Den Entwurfsbüros für Industriebau des Ministe-
 riums für Aufbau ist es nicht gestattet, Aufträge
 für Projektierungen von Auslandsvorhaben (auch
 Teilprojektierung) anzunehmen und zu bearbeiten,
 wenn sie nicht von der HV Städtebau und Ent-
 wurf mit der Projektierung dieser Vorhaben
 schriftlich beauftragt sind.

Die nach der Beauftragung durch die HV Städtebau
 und Entwurf erforderlichen Verhandlungen für die
 Auftragsübernahme und den Vertragsabschluß mit
 den Auftraggebern sind weiterhin von den Ent-
 wurfsbüros in eigener Verantwortung durchzu-
 führen.

8. Berücksichtigung der Anfuhrwege und Abtragsver- hältnisse bei der Projektierung von Baulichkeiten

Auf den ökonomischen Tagungen der Nieder-
 lassungen der DHZ Kohle wurde wiederholt be-
 mängelt, daß bei der Projektierung von Neubauten
 die Fragen der Anfuhrwege und die Abtragsver-
 hältnisse oft nur unzulänglich berücksichtigt wür-
 den. In einigen Fällen sind die Zugänge zu den
 Kellerräumen so ungünstig angelegt, daß die Brenn-
 stoffe bis zu 90 m getragen werden müssen. Die
 Zugänge zu den Kellerräumen für die Kohlen-
 lagerung müssen so liegen, daß die Abtragswege so
 kurz wie möglich bleiben. Das gilt sowohl für die
 Anfahrt zu den Gebäuden als auch für das Ab-
 tragen im Hausinnern. Die Projektanten haben
 diesen Gesichtspunkten künftig mehr Beachtung zu
 schenken. In geeigneten Fällen sind Schüttlöcher
 für die Einlagerungen fester Brennstoffe vorzu-
 sehen.

9. Zahlung von Nachtzuschlägen

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß
 Nachtarbeitszuschläge nicht gezahlt werden kön-
 nen, wenn die Nacharbeit ein besonderes Merkmal
 der Lohngruppe darstellt. Demgemäß hat das

Oberste Gericht mit Urteil vom 1. Juli 1955 („Arbeit und Sozialfürsorge“ 1955 Heft Nr. 10 S. 601) entschieden:

„Gehört die Nacharbeit bereits zu den tariflichen Qualifikationsmerkmalen der mit dem Grundlohn abgegoltenen Leistung des Werk-tätigen, so besteht kein Anspruch auf Gewäh-rung von Zuschlägen für Nacharbeit.“

Im Zusammenhang hiermit ist die Frage aufge-worfen, ob die Weiterzahlung von Zuschlägen durch den Beschluß des Ministerrates vom 23. Juli 1953 über die Aufhebung der Rückstufung von Löhnen und Gehältern (GBl. Nr. 88 S. 888) gedeckt ist.

Hierzu wird im Einvernehmen mit dem Ministe-rium für Arbeit und Berufsausbildung mitgeteilt, daß der Beschluß vom 23. Juli 1953 sich nur auf Löhne und Gehälter, nicht aber auf Zuschläge bezieht. Es gibt daher für Nachzuschläge keine Personengebundenheit.

10. Haftung bei Projektierungsfehlern, Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (2)

Es besteht noch häufig Unklarheit darüber, welche Bedeutung einer durch Beseitigung von Projektierungsfehlern eingetretenen Werterhöhung des Bauobjektes im Rahmen der Schadensersatzpflicht des Entwurfsbüros zukommt. Die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz kann nicht zur Folge haben, daß das Entwurfsbüro auf seine Kosten eine notwendige Werterhöhung für den Auftraggeber finanziert. Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat hierzu ausgeführt (V - 151/54): Die Tatsache, daß sich nachträglich herausstellt, eine bauliche Anlage sei ungenügend projektiert und hätte bei ordnungsmäßiger Projektierung einen größeren Umfang haben müssen, gebe kein Recht, die umfangreichere Ausführung auf Kosten des Projek-tanten zu fordern.

Der Regreßanspruch des Auftraggebers geht auf Erstattung der Kosten für nutzlos verbrauchtes Material und für Arbeiten, die sich in Hinblick auf die notwendige Änderung als überflüssig erwiesen haben. Es kann ferner Ersatz der Kosten gefordert werden, die dadurch entstehen, daß die Ergänzungsarbeiten erst jetzt und nicht in einem Zuge von Anfang an ausgeführt werden konnten. Die Wert-erhöhung jedoch, die durch Ergänzung der Anlage einschl. der dazu notwendigen Arbeiten eintritt, ist nicht Gegenstand eines Schadensausgleichsanspruchs. Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Kapazitäts- und Vermögenszuwachs auf Kosten des Projektanten. Es ist daher jeweils zu prüfen, welche nachträglich auszuführenden Maßnahmen auch bei richtiger Entwurfsbearbeitung erforderlich gewesen sein würden und welche nicht. Die ersteren gehen nicht zu Lasten des Entwurfsbüros.

Unberührt bleiben selbstverständlich die sonstigen Rechtsfolgen mangelhafter Vertragserfüllung, insbesondere die Verpflichtung zur Zahlung von Vertragsstrafen und die Befugnis des Staatlichen Vertragsgerichts zur Verhängung von Disziplinarstrafen.

II. Baustoffindustrie

1. Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 - GBl. Sonderdruck 123 vom 15. 11. 55

Die Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956, GBl. Sonderdruck 123, vom 15. 11. 1955, hat gegen-über der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien für das Jahr 1955 eine Veränderung erfahren. Einige, für unsere Bauaufgaben besonders wichtige Baustoffe wurden als solche Baustoffe gekennzeichnet, die auch von

den Privatbetrieben nur über die DHZ Baustoffe gebunden werden dürfen.

Beim Abschluß der Rahmenabsatzverträge, die die Niederlassungen der DHZ Baustoffe seit einigen Wochen mit den Lieferbetrieben abschließen, stellt sich heraus, daß in Unkenntnis der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 die Lieferbetriebe nicht in voller Höhe oder z. T. gar nicht mit der DHZ binden wollen. Das trifft besonders beim Abschluß der Verträge mit den Privatbetrieben zu.

Um eine bessere und einwandfreiere Materialver-sorgung für 1956 sicherzustellen, ist es unerlässlich, daß sich die Räte der Bezirke, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern für den Abschluß solcher Verträge mit den Privatbetrieben einsetzen.

2. Richtlinien der Baustoffindustrie für die Durchführung der Materialabrechnung der Bedarfsträger nach dem Formblatt 45 (monatlicher Kurzbericht) und nach dem Formblatt 46 (Quartalsbericht) über die Materialbewegung

Im ersten Jahr des 2. Fünfjahrplanes nehmen alle Bedarfsträger der zentralgeleiteten Baustoffindus-trie sowie der örtlichen Betonindustrie ihre Mate-rial- und Kontingentabrechnungen für den 1. und 2. Quartalsmonat als Kurzbericht für die wichtig-ten Positionen nach eingeschränkter Nomenklatur auf Formblatt 45, für den 3. Quartalsmonat auf Formblatt 46, vor.

Feste Brennstoffe werden wie bisher auf dem Form-blatt M 32 K abgerechnet.

A. Allgemeine Angaben

Berichtspflicht: Abrechnungspflichtig sind alle

- volkseigene zentralgeleitete Baustoffbetriebe und Institutionen
- volkseigene örtliche Betonwerke
- volkseigene Bezirksbauunions (sofern eine Produktion von Betonwaren vorgenommen wird)
- Handwerksgenossenschaften und Handwerksbetriebe mit Betonwarenproduktion
- private Betonbetriebe

Abrechnungszeitraum

Die Abrechnung erfolgt für den 1. und 2. Quar-talsmonat nach Formblatt 45, für den 3. Quar-talsmonat, also vierteljährlich, nach Form-blatt 46, jeweils für den Zeitraum seit Jahres-beginn bis zum letzten Tag des Berichtsmonats bzw. des Quartales.

Ein vorzeitiger Abschluß ist nicht zulässig.

Nomenklatur: Mit dem Berichtsformblatt 45 sind monatlich abzurechnen, die in der Nomenklatur mit „m“ bezeichneten Plan-Positionen.

Vierteljährlich sind neben den mit „m“ bezeich-neten Plan-Positionen die mit „v“ gekennzeich-neten Plan-Positionen auf Formblatt 46 abzu-rechnen (siehe Anlage 1).

Die Formblätter sind abzugeben von den:

VE-zentralgeleiteten Baustoffbetrieben	2fach an Ministerium für Aufbau HA Baustoffindustrie Materialversorgung
VE-örtlichen Betonwerken	1fach an die für sie zustän-digen Versorgungsstellen (Rat des Kreises bzw. Rat des Bezirkes, Abt. Auf-bau)
VE-Bezirks-Bau-Unionen	1fach an die Räte der Be-zirke, Abt. Aufbau

Handwerksgenossen-
schaften und Hand-
werksbetrieben
privaten Beton-
betrieben

1fach an die für sie zustän-
digen Versorgungsstellen
(wie örtlich festgelegt)
1fach an die für sie zustän-
digen Versorgungsstellen
(wie örtlich festgelegt)

Räten der Kreise
Abt. Aufbau bzw.
Industrie- und
Handelskammern
bzw. Handwerks-
kammern
Räten der Bezirke,
Abt. Aufbau

1fach an die Räte der Be-
zirke, Abt. Aufbau
2fach an das Ministerium
für Aufbau
HA Baustoffindustrie
Abt. Materialversorgung

Abgabetermin: Der Monatsbericht 45 ist von den
Bedarfsträgern bis zum 4. Werktag an die zu-
ständige Versorgungsstelle abzuliefern.
Für den Quartalsbericht 46 ist der Abgabetermin
der 6. Werktag.

**Abgabetermin für die Verdichtung von den
Versorgungsstellen:**

Von den übergeordneten Versorgungsstellen sind
die von den Bedarfsträgern eingereichten Form-
blätter 45 und 46 für den jeweiligen Bereich zu
verdichten.

Die Abgabetermine werden wie folgt festgelegt:

Vom Rat des Kreises bzw. Industrie- und Handelskammer bzw. Hand- werkskammer	Formblatt 45 b. z. 6. Werktag Formblatt 46 b. z. 8. Werktag	An die Räte der Bezirke Abt. Aufbau
Von den Räten der Bezirke, Abt. Aufbau	Formblatt 45 b. z. 9. Werktag Formblatt 46 b. z. 12. Werktag	An das Ministe- rium für Aufbau HA Baustoff- industrie Abt. Material- versorgung

**B. Erläuterungen zum monatlichen Kurzbericht
(Formblatt 45)**

Kurzbericht über die Materialbewegung
Formblatt 45

Berichtszeitraum vom 1. 1. 1956 bis

Abzuliefern bis zum 4. Werktag jeden Monats an die zuständige Einzugsstelle

Genehmigungsvermerk

Bezirk:
Zust. Kontingenträger-Nr.:
Schlüsselnummer d. Eigentumsform:

Lfd. Nr.	Planpos. und Materialbezeichnung	ME	a) Durch Bestellung gebundene Kontin- gente insgesamt		Eing. auf Grund von Kontingenten insgesamt	Betriebsverbrauch (einschl. an Au- trag- nehmer geliefertes Material für P 2-Produkt.	a) Gesamtbestand am Ende des Berichtszeitr.	
			b) darunter abge- schlossene Verträge				b) dar. für die eig. Prod. nicht ver- wendb. Mat	
0	1	2	3	4	5	6	7	
1			a				b	

Spalte 1—2: (Plan-Pos. Materialbezeichnung, Mengeneinheit)
In diesen Spalten sind die in der Nomenklatur mit „m“ gekennzeichneten Materialpositionen in der vorgesehenen Mengeneinheit zu melden. Andere Materialien sind in die Meldung nicht mit einzubeziehen. Die Plan-Positionen sind in der Reihenfolge der Nomenklatur aufzuführen.

Spalte 4a: (Durch Bestellungen gebundene Kontingente insgesamt)
In dieser Spalte und Zeile sind alle durch Bestellungen gebundenen Kontingentmengen einzusetzen. Unberücksichtigt bleibt hier, ob die Bestellung seitens des Lieferers schon bestätigt ist oder nicht.

b: (Abgeschlossene Verträge)
Hier sind unter Berücksichtigung vorliegender Kontingente die Mengen in fest abgeschlossenen Lieferverträgen auszuweisen.

Spalte 5: (Eingänge auf Grund von Kontingenten)
Diese Spalte weist aus die Realisierung der Kontingente. Gemeldet werden hierbei die im Betrieb eingegangenen Lieferungen.

Spalte 6: (Betriebsverbrauch insgesamt)
Diese Spalte hat auszuweisen den Betriebsverbrauch insgesamt. Mit ausgewiesen werden müssen auch solche Materialien, die für die Durchführung von Lohnarbeiten an andere Betriebe abgegeben werden.

Spalte 7a: (Gesamtbestand am Ende des Berichtszeitraumes)
In dieser Spalte ist der am Ende des Berichtszeitraumes tatsächlich vorhandene, betriebseigene Materialbestand aller Lager einzusetzen.

b: (Davon für die eigene Produktion nicht verwendbare Materialien)
Hierunter sind anzugeben die für die Planaufgaben des Betriebes nicht mehr verwendbaren Materialien. Der Meldung ist beizufügen formlos eine entsprechende Spezifikation dieser Bestände.

Quartalsbericht über die Materialbewegung

Formblatt 46

Berichtszeitraum vom bis 1956

Abzuliefern bis zum 6 Werktag nach dem Quartalsmonat an d. zust. Einzugsstelle

Genehmigungsvermerk

Bezirk:

Zust. Kontingenträger-Nr.:

Schlüsselaummer der Eigentumsform:

Lfd. Nr.	Planposition und Materialbezeichnung	ME	a) Für 1956 erhaltene Kontingente insgesamt		a) Durch Bestellung gebundene Kontingente insgesamt	Bestand am 1. 1. 1956	Materialzugang a) insgesamt seit 1. 1. 1956 b) darunter aus innerer und örtlicher Reserve und Umsetzung	Materialabgang a) insgesamt seit 1. 1. 1956 b) darunter sonstige Abgänge	a) Bestand am Ende des Berichtsmonats b) darunter für die eigene Produktion nicht verwendbares Material	a) Vorratsnormen	
			b) darunter an fremde Auftragnehmer abgegeben	von fremden Auftraggebern erhalten						b) darunter abgeschlossene Verträge	Menge
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1			a								
			b								
2			a								
			b								

C. Erläuterungen zum Quartalsbericht über die Materialbewegung (Formblatt 46)

- Spalte 1—2:** (Plan-Pos. Materialbezeichnung, Mengeneinheit)
 In dieser Spalte werden ausgewiesen die nach der Nomenklatur mit „v“ vorgeschriebenen Materialpositionen in vorgeschriebener Mengeneinheit.
- Spalte 4a:** (Für 1956 erhaltene Kontingente insgesamt)
 In dieser Spalte sind alle dem Betrieb für 1956 zugewiesenen Kontingente auszuweisen. Auch Kontingente von fremden Auftraggebern aus anderen Kontingenträgerbereichen müssen hier mit erfaßt werden.
- b 1:** (Darunter an fremde Auftragnehmer abgegebene Kontingente)
 Hier sind zu nennen die an fremde Auftragnehmer weitergegebenen Kontingente.
- b 2:** (Von fremden Auftraggebern erhaltene Kontingente)
 Hier werden ausgewiesen die von fremden Auftraggebern bereitgestellten Kontingente, die zur Erfüllung der eigenen Produktionsaufgaben dienen.
- Spalte 5a:** (Durch Bestellung gebundene Kontingente insgesamt)
 In dieser Spalte ist die Höhe der Bestellungen unter Zugrundelegung vorliegender Kontingente einzutragen.
- b:** (Abgeschlossene Verträge)
 Hier ist anzugeben, in welcher Höhe des Kontingentes bereits Lieferverträge abgeschlossen wurden.
- Spalte 6:** (Bestand am 1. 1. 1956)
 Hier sind alle betriebseigenen Materialien zu melden, die durch Bestandsaufnahme am 1. Januar 1956 erfaßt wurden. Diese Bestandswerte lt. Inventur sind unveränderlich und haben in sämtlichen Meldungen des laufenden Jahres wieder zu erscheinen.
- Spalte 7a:** (Materialzugänge insgesamt ab 1. 1. 1956)
 In dieser Spalte werden ausgewiesen sämtliche Materialzugänge des Betriebes seit dem 1. Januar 1956, gleichgültig, ob dafür Kontingente gegeben wurden oder nicht.
- b:** (Darunter aus inneren und örtlichen Reserven und Umsetzungen)
 In dieser Spalte sind auszuweisen alle Materialzugänge aus inneren und örtlichen Reserven sowie aus Umsetzungen von anderen Betrieben, soweit sie für die Erfüllung der eigenen Produktionsaufgaben Verwendung finden und Kontingente dafür nicht gegeben wurden.
- Spalte 8a:** (Materialabgänge seit 1. 1. 1956 insgesamt)
 In dieser Spalte werden ausgewiesen alle im Betrieb verbrauchten bzw. an andere abgegebenen Materialmengen.

- b:** (Darunter sonstige Abgänge)
 Hier sind zu erfassen sämtliche sonstigen Abgänge, wie Materialumsetzungen, Verkäufe an DHZ aus Überplanbeständen oder bei zentralen Betrieben Abgaben an örtliche Wirtschaft.
- Spalte 9a:** (Bestand am Ende des Berichtszeitraumes)
 In dieser Spalte ist auszuweisen der betriebseigene Materialbestand, der sich wie folgt ergibt:
 Spalte 6 + 7 a ./. 8 a = Spalte 9 a.
- b:** Hier wird ausgewiesen das für die eigene Produktion nicht mehr verwendbare Material.
 (Hierbei sind zu beachten die Hinweise im monatlichen Kurzbericht für die Spalten 7 a + 7 b)
- Spalte 10—11a:** (Vorratsnormen)
 In dieser Spalte ist auszuweisen die in den volkseigenen Betrieben ermittelte, ökonomisch begründete, bestätigte Vorratsnorm nach Menge und Tagen.
 Da die Vorratsnormen die Grundlage für die Materialdisposition darstellen, ist jeweils der neueste Stand der Vorratsnormen zu berücksichtigen.
 Genossenschaftliche Betriebe und private Betriebe setzen in Spalte 10 a ihren für die Aufrechterhaltung der Produktion benötigten durchschnittlichen Materialbestand ein. Spalte 11 entfällt.
- b:** Hier ist der für den Betrieb ermittelte Höchstvorrat zur Aufrechterhaltung der Produktion in Mengen und Tagen anzugeben.
 Für genossenschaftliche und private Betriebe entfällt die Ausfüllung der Spalten 10 + 11 b.

Anlage 1

**Nomenklatur
 für die verbraucherseitige Abrechnung 1956,
 Ministerium für Aufbau
 HA Baustoffindustrie einschl. örtliche
 Betonindustrie**

		monatliche Abrechnung nach Fb. 45	vierteljährl. Abrechnung nach Fbl. 46
131 41 10	I- u. U-Stahl NP 8—18		v
41 21	I- u. U-Stahl NP 20—40		v
41 22	I- u. U-Stahl über NP 40		v
41 35	Feldbahnschienen		v
41 51	Feiner Stabstahl	m	v
41 52	Grober Stabstahl	m	v
41 79	Sonstiger Walzdraht	m	v
42 19	Handelsbleche		v
42 21	Mittelbleche 3 mm		v
42 22	dto. über 3—5 mm		v
42 36	Feinbleche unter 0,9 mm		v
42 37	dto. 0,9—1,25 mm		v
42 38	dto. 1,25—3 mm		v
44 10	Nahtlose Rohre		v
51 10	Geschw. Gas- und Wasserleitungsrohre ½—2"		v
51 20	dto. unter ½" u. über 2"		v

	monatliche Abrechnung nach Fbl. 45	vierteljährl. Abrechnung nach Fbl. 46
141 17 30 Borax	m	v
18 40 Bleimennige (nicht für Farben)	m	v
141 89 90 Zinnoxid	m	v
155 13 10 Portlandzement	m	v
13 20 u. 40 Hochofen- und Eisen- portlandzement	m	v
20 00 Ziegelsteine	m	v
26 18 410 Schrauben und Muttern bis M 10		v
18 420 Schrauben und Muttern M 12 bis M 20		v
18 430 Schrauben und Muttern über M 20		v
22 100 Gez. Stahldraht unter 100 kg	m	v
26 22 200 Gez. Stahldraht über 100 kg	m	v
26 23 200 Drahtstifte		v
31 11 100 Nadelschnittholz	m	v
31 13 100 Imprägnierte Schwellen	m	v
35 31 000 Papiersäcke	m	v
58 11 700 Derbstangen		v

3. Fachkontenrahmen, D-Fonds und Quartalsprämie — Mitteilung an die Betriebe der Baustoff- industrie —

I. Betr.: Fachkontenrahmen

In den unseren Betrieben und den Bezirken am 30. November 1955 übergebenen Fachkontenrahmen sind folgende Änderungen vorzunehmen:

- Seite 7, Konto Nr. 373
Produktionsunabhängige Prämien usw.
- Seite 12, Konto Nr. 9690—9699
sind unverbindliche Konten
- Seite 13, Konto Nr. 982
Zugang zum DF aus überplan-
mäßigem Gewinn
- Seite 13, Konto Nr. 983
Zugang zum Direktorfonds durch
Massenbedarfsgüterproduktion.

Die dem Fachkontenrahmen beigefügten Erläuterungen zu den Klassen 4 + 5 hatten nur informative Bedeutung. Für die zentralgeleitete Industrie gelten die Branchenrichtlinien und ferner die Veröffentlichungen des Instituts für Rechnungswesen ab Heft 23 der deutschen Finanzwirtschaft.

II. Betr.: D-Fonds und Quartalsprämie

In Übereinstimmung mit einer Entscheidung der HV Wirtschaft geben wir den Betrieben folgendes bekannt:

1. Bei der Berechnung der Erfüllung der Warenproduktion wertmäßig insgesamt wird die Bestandsveränderung an unvollendeten Erzeugnissen berücksichtigt. Dazu gehören insbesondere freigelegtes Material, geförderter Ton und Rohlingsvorlauf.
Die Berücksichtigung der Bestandsveränderung erfolgt insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Produktion und um für eine Steigerung derselben einem entsprechenden Vorlauf an unvollendeten Erzeugnissen zu schaffen, wie das auch im Beschluß über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen gefordert wird.
Die Bestandsveränderung, die im KB J 11 Spalte 9 nur insgesamt erscheint, wird auch dann berücksichtigt, wenn im Finanzplan eine Bestandsveränderung nicht besonders ausgewiesen wurde. Dies ist in der vergangenen Zeit vor allem in der Quartalsdifferenzierung zu beobachten.

Bei der Finanzplanung 1956 muß darauf geachtet werden, daß die Betriebe die Bestandsveränderung für unvollendete Produktion (einschließlich Vorabraum) sorgfältig planen und insbesondere auch quartalsmäßig differenzieren.

2. Bei der Erfüllung und Abrechnung der Warenproduktion gehört zur Bestandsänderung an unvollendeten Erzeugnissen auch freigelegtes Mineral (Vorabraum).
3. Für den Bereich Baustoffindustrie wird festgelegt, daß ein Bestandszugang an unvollendeter Produktion über die geplante Menge hinaus, im Gegensatz zu der Entscheidung der HV Wirtschaft vom 16. August 1955 — veröffentlicht im ID 22/108 Seite 119 —, anerkannt wird. Begründung wie bei Ziffer 1.
4. Die Erfüllung der Gesamtwarenproduktion ergibt sich aus dem KB J 11 durch die Gegenüberstellung der Spalten 5 und 9 (wertmäßige Abrechnung, vom Umsatz zurückgerechnet). Die Erfüllung der wichtigsten Planpositionen ergibt sich dagegen aus der Gegenüberstellung der Spalten 5 und 6 des KB J 11 (Mengenabrechnung).
5. Bei der Erfüllungsberechnung der Warenproduktion nach KB J 11 werden die Abschnitte
„nicht beauflagte, aber vergleichbare“,
als auch
„nicht beauflagte, aber nicht vergleichbare
Warenproduktion“,
soweit es sich um Hauptleistungen handelt, zur Erfüllung (Spalte 9) hinzugerechnet, ohne daß eine Berichtigung der beauftragten Warenproduktion an Hauptleistungen (Spalte 5) erfolgt.
Soweit Neben- und Hilfsleistungen geplant waren, zählt die Erfüllung dieser Positionen mit zur Erfüllung der Warenproduktion. Diese Positionen müssen aber im einzelnen kostenträgermäßig im KB J 11 angeführt werden und sind insbesondere von den nicht beauftragten zu unterscheiden.
Bei Handelsware und anderen vom Betrieb nicht beeinflussbaren Neben- und Hilfsleistungen, wie z. B. weiter zu berechnende Verladekosten (gleich ob geplant oder nicht geplant), als auch bei nicht beauftragten Neben- und Hilfsleistungen wird dagegen stets in Spalte 5 als Planbetrag der Ist-Umsatz aus Spalte 9 eingesetzt.
Wenn auf diese Weise als Endsumme ein Betrag als geplante Warenproduktion erscheint, der höher oder niedriger ist als die der Beauftragung entsprechende Warenproduktion, so ist entweder eine Zwischensumme zu ziehen oder eine Erläuterung zu geben, um das KB J 11 mit dem Plan der staatlichen Aufgaben zu kontrollieren.
6. Die wichtigsten Planpositionen, die neben der gesamten Warenproduktion im einzelnen erfüllt sein müssen, sind den Betrieben durch die Planungsabteilung der HV schriftlich bekanntzugeben.
Änderungen während des Jahres sind möglich. Die Betriebe müssen darauf achten, daß diese Bestätigungen zu Kontrollzwecken bei ihnen vorliegen.
7. Im § 2 (4) der Prämien-VO vom 17. Februar 1955 ist bei abteilungsweiser Prämierung als Bedingung nur die Erfüllung des Produktionsplanes und des Selbstkostensenkungsplanes vorgesehen. Steigerungsprozente für eine Gewinnplanüberfüllung entfallen danach. Wenn die Betriebe aber den Ergebnisplan aus Absatz einwandfrei auf Abteilungen aufgeschlüsselt haben und in der Betriebsabrechnung das Ist-Ergebnis A nach Abteilungen nachweisen, können sie die Erfüllung diese Teilgewinnplanes als Bedingung zusätzlich ansetzen. Nur in diesem Falle können

sie die Steigerungsprozentsätze für die Gewinnplanüberfüllung in Anspruch nehmen.

8. „Selbständige Lehrkombinate“ (Siehe § 5 der 1. DB zur DFVO) müssen stets zugleich selbständig abrechnende Einheiten sein. Sind den Betrieben sogenannte Lehrkombinate angeschlossen und wird nur in einer Einheit bilanziert, kann die volle Zuführung für die Ausbildungsstätte nur dann vorgenommen werden, wenn der durchschnittliche Anteil der Lehrlinge an der Gesamt-Belegschaft mehr als 10 % beträgt.
9. Obwohl § 7 Absatz 2 der PVO vorschreibt, daß die Prämiensumme bereits im jeweiligen Quartalsabschluß zu bilanzieren ist, können die Betriebe die sich aus der Erfüllung ergebende Quartalsprämie auch dann zahlen, wenn die Abgrenzung ganz unterblieben ist oder nicht in entsprechender Höhe vorgenommen wurde. Zu beachten ist aber, daß die für die Überfüllung zu zahlende Prämie die Selbstkostensenkung nicht übersteigt.

III. Bauindustrie

2. Hinweis für die Aufstellung der Kostenpläne — Festpreiskatalog —

Entgegen der vorläufigen Ausgabe September 1955 des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie sind in der Ausgabe als Sonderdruck Nr. 124 des Gesetzblattes die Schwarzmetallpreiserhöhungen des Jahres 1955 in den Festpreisen berücksichtigt. Nachstehende preisliche Veränderungen sind eingetretten:

a) Beton- und Stahlbetonarbeiten	DDR DM	Berlin DM
Pos. 22 9001	625,76	683,80
002	510,96	544,73
003	479,28	506,66
101	637,89	699,14
102	523,09	560,06
103	491,41	521,99
201	650,04	714,48
202	535,24	575,40
203	498,70	531,19
301	662,17	729,82
302	547,37	590,74
303	503,56	537,33
b) Maurerarbeiten		
Pos. 36 001 I 10 bis 12	478,17	506,37
002 I 14 bis 18	429,13	447,26
03 I 20 bis 30	410,24	425,09
04 I 32 bis 34	408,17	422,48
05 I 36 bis 40	402,52	415,33
06 I 42,5 bis 47,5	412,13	422,94
07 I 50 bis 60	410,97	421,50
c) Liste der Baustoffe frei Baustelle abgeladen (A3) Stahl		
Waren-Nr.	Material u.	Sonstiges
Bezeichnung	DM	
27 52 10 00		
I-Stahl nach DIN 1025		
Regellängen bis 15 m		
I 10 bis 12		362,80
I 14 bis 18		352,30
I 20 bis 40		346,00
I 45 bis 60		362,80
Aufpreise für Überlängen über 15 m für jeden angefangenen Meter auf das Gewicht des ganzen Stabes		
für I 10 bis 30	DM 3,00	
I 32 bis 40	DM 4,00	
I 45 bis 60	DM 5,00	

27 53 20 00		
Betonstahl nach DIN 1612		
Walzdraht 6 bis unter 8 mm ϕ		407,50
Moniereisen		
Normallängen 3 bis 15 m		
8 bis unter 10 mm ϕ		385,00
10 „ „ 12 „		381,30
12 „ „ 14 „		376,50
14 „ „ 16 „		374,50
16 „ „ 21 „		372,00
21 bis einschl. 90 mm ϕ		368,50
Verschiedenes		Festpreis DM.
Bindedraht		0,80
Rödeldraht		0,70

Bereits nach Preisen des Festpreiskataloges der vorläufigen Ausgabe September 1955 aufgestellte Kostenpläne sind entsprechend zu berichtigen.

3. Materialabrechnung der Bauindustrie im Planjahr 1956

Für die Materialabrechnung der zentralgeleiteten und örtlichen Bauindustrie kommt im Planjahr 1956 das bisherige Formblatt

„Kurzbericht über die Materialbewegung M 32 (Bau)“

in Fortfall; an dessen Stelle tritt für die monatliche Abrechnung der

„Kurzbericht über die Materialbewegung Formblatt 45 (Bau)“

und für die Quartalsabrechnung der

„Quartalsbericht über die Materialbewegung Formblatt 46 (Bau)“

Abrechnungspflichtig sind alle Betriebe, die für die Durchführung von Bauleistungen Kontingente erhalten haben.

- volkseigene zentralgeleitete Baubetriebe
- volkseigene örtliche Baubetriebe
- Handwerksgenossenschaften und -betriebe
- private Betriebe
- LPG-Baubrigaden

Die für die Abrechnung von der Bauindustrie zu benutzenden Formblätter 45 und 46 (Bau) sowie die Richtlinien hierzu sind vom Vordruck-Leitverlag Weimar, Graben 2, als Sonderdruck verlegt. Sie sind nicht identisch mit den gleichlautenden Formblättern 45 und 46, die die Bezeichnung (Bau) nicht führen.

Bestellungen über Formblätter und Richtlinien sind bereits von den Räten der Bezirke, Abt. Aufbau, für ihren gesamten Bereich aufgegeben und kommen über die Räte der Bezirke und Kreise zur Verteilung. Die Vordrucke für die zentralgeleiteten Baubetriebe werden von der HV Spezialbaubetriebe verteilt.

Die Abgabetermine von seiten der Bedarfsträger an die für sie zuständige Versorgungsstelle ist für Formblatt 45 (Bau) der vierte Werktag, für Formblatt 46 (Bau) der sechste Werktag des nachfolgenden Monats. Die abzurechnenden Planpositions-Nummern sind auf den Formblättern eingedruckt.

C. Buchbesprechungen

1. Die Finanzrevision von Bauorganisationen

Im Verlag „Die Wirtschaft“ ist die Broschüre „Die Finanzrevision von Bauorganisationen“ von W. Mitrofanow / W. Pronin — Übersetzung aus dem Russischen — erschienen.

Diese Broschüre ist eine wertvolle Anleitung für die Praktiker nicht nur auf dem Sektor der Revision, sondern auch für die ingenieurtechnischen und kaufmännischen Kader in den Baubetrieben der Deutschen Demokratischen Republik.

gez. Winkler
Minister

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 1. Februar 1956

Nr. 3

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil			
6. Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen	1	14. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht	3
7. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten	1	15. Nutzung der Meisterdecke	5
8. Die Gewährungsfrist eines volkseigenen Montagebetriebes für Baunebenleistungen beträgt 2 Jahre. — Aus dem Schiedsspruch des Staatlichen Vertragsgerichts der DDR (V.—182/55) —	2	II. Baustoffindustrie	
		III. Bauindustrie	
B. Besonderer Teil			
I. Technik und Entwurf			
11. Berichtswesen 1956	2	4. Besondere Erläuterungen zur Anwendung des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen	5
12. Planung der Kosten der Hausanschlüsse als Baukosten durch den bautechnischen Projektanten	3	5. Volkseigener Wohnungsbau — Berichterstattung an das Ministerium für Aufbau —	6
13. Formblätter und Stempel der Organe der Staatlichen Bauaufsicht	3	6. Wettbewerb zur Verkürzung der betrieblichen Abrechnungszeiten	6
		7. Angebot von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung	6
		8. Maschinenanforderung für Baumechanik — Reparatur-Betriebe	7
		9. Sparsame Verwendung von Splitt in der Bauausführung	7
		3 Beispiele zu B III 4	8-10
		C. Buchbesprechungen	

A. Allgemeiner Teil

6. Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen

Beim Ministerium für Aufbau besteht eine Schlichtungsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen. Sie setzt sich aus dem Leiter der Rechts- und Vertragsschiedsstelle und zwei Vertretern des Zentralvorstandes der Industrie-Gewerkschaft Bau/Holz zusammen. Diese Schlichtungsstelle ist nach der Dritten Durchführungsbestimmung vom 6. 2. 1953 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft — GBl. S. 301 — dann anzurufen, wenn sich bei Vergütung von Verbesserungsvorschlägen, die in mehr als einem Betrieb genutzt werden, Streitigkeiten entstehen. Auf die Innehaltung der im § 2 der Dritten Durchführungsbestimmung enthaltenen Frist wird besonders hingewiesen.

7. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten

Nach § 9 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) sind die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik für die Entscheidung ziviler Rechtsstreitigkeiten im Bereich der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft zuständig, soweit diese nicht durch Gesetz dem Staatlichen Vertragsgericht zur Entscheidung übertragen sind.

Nach § 1 der Verordnung vom 6. 12. 51 in der Fassung vom 1. 7. 53 über die Bildung und Tätigkeit

des Staatl. Vertragsgerichts (GBl. S. 855) ist dieses zuständig für die Entscheidung von Streitfällen zwischen Vertragspflichtigen entsprechend der Verordnung vom 6. 12. 51 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems (GBl. S. 1141).

Zahlreiche Entscheidungen der Gerichte und Vertragsgerichte zeigen jedoch, daß von den Gerichten und Vertragsgerichten über ihre Zuständigkeit sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Auch in den einzelnen volkseigenen Betrieben besteht über die Abgrenzung der Zuständigkeit keine volle Klarheit.

Um eine einheitliche Rechtsprechung hinsichtlich der Zuständigkeit zu erreichen, haben der Minister der Justiz und der Vorsitzende des Staatl. Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR in der gemeinsamen Rundverfügung Nr. 8/55 die folgenden Grundsätze entwickelt, die bei der Prüfung der Zuständigkeit von den Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten zu beachten sind:

I

1. a) Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben über Lieferungen, die im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems abgeschlossen worden sind;

neben Lieferverträgen gehören nach der 1. DB zur Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems vom 21. März 1952. (GBl. S. 323) und der 3. DB vom 20. August 1952 (GBl.

- S. 794) hierzu auch Verträge über Dienstleistungen, Bauleistungen und Transportraum:
- b) Streitigkeiten zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben aus Verträgen, die zwar nicht im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems abgeschlossen worden sind, jedoch genau so wie diese unmittelbar der Durchführung der Wirtschafts- und Finanzpläne dienen. Hierher gehören insbesondere Kreditverträge zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und der Deutschen Notenbank oder der Deutschen Bauernbank sowie Überlassungsverträge über bewegliche Sachen, insbesondere Produktionsmittel und Arbeitsverträge zwischen den MTS's und LPG's.
 2. Streitigkeiten über Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, soweit ihre Entstehung mit Vertragsverhandlungen der zu 1. genannten Betriebe im Zusammenhang steht (Nichtigkeit, Anfechtung u. dgl.).
 3. Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen Betrieben und privaten Industriebetrieben, soweit der private Industriebetrieb Lieferer ist.
 4. Streitigkeiten über Wagenstandsgelder, die im Zusammenhang mit Transportraumverträgen vor dem 30. April 1954 entstanden sind. Derartige Wagenstandsgelder haben den Charakter einer Vertragsstrafe. (Anmerkung: Über Streitigkeiten wegen Wagenstandsgelder, die aus Transportraumverträgen nach dem 1. Mai 1954 entstanden sind, entscheidet nach § 8 der Verordnung vom 20. Juni 1952 über die Be- und Entladung von Eisenbahngüterwagen (GBl. S. 491) die Reichsbahn in eigener Zuständigkeit).
 5. Streitigkeiten über Schadensgelder, die von den Reichsbahndirektionen gegen volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe wegen der Beschädigung von Eisenbahngüterwagen geltend gemacht werden.

Für alle Streitigkeiten aus diesen Vertragsverhältnissen ist das Staatliche Vertragsgericht zuständig. Für die Durchführung solcher Prozesse bei den Gerichten ist deshalb nach §§ 9, 10 GVG die Unzulässigkeit des Rechtsweges auszusprechen.

II

Die Gerichte sind zuständig für alle anderen Streitigkeiten im Bereich der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft, also aus Verträgen außerhalb des Allgemeinen Vertragssystems, wie insbesondere für Streitigkeiten aus Mietverträgen, Versicherungsverträgen, Frachtverträgen einschl. der Streitigkeiten über Liegegelder bei Schiffen, aus Überlassungsverträgen über Grundstücke sowie aus Ansprüchen aus unerlaubter Handlung und ungerechtfertigter Bereicherung, soweit nicht das Staatliche Vertragsgericht gemäß Abschnitt I 2 zuständig ist.

Es wird daher empfohlen, bei allen Streitigkeiten zur Vermeidung von Verzögerungen diese Grundsätze bei Klageerhebung bzw. Antragstellung genauestens zu beachten.

8. Die Gewährleistungsfrist eines volkseigenen Montagebetriebes für Bauebenenleistungen beträgt zwei Jahre. — Aus dem Schiedsspruch des Staatlichen Vertragsgerichts der DDR (V.—182/55) —

Der volkseigene Montagebetrieb lehnte gegenüber dem volkseigenen Baubetrieb für die Lieferung und Montage einer Be- und Entwässerung, Warmwasser-aufbereitungsanlage sowie der sanitären Einrich-

tungen die Übernahme einer zweijährigen Gewährleistungsfrist gemäß § 23 ABB ab. Er beabsichtigte, in dem Vertrag für seine Leistungen nur eine einjährige Gewährleistungsfrist einzugehen.

Das Staatliche Vertragsgericht hat dem Verlangen des Baubetriebes entsprochen und den Montagebetrieb verpflichtet, eine zweijährige Gewährleistungspflicht entsprechend § 23 ABB zu übernehmen.

In den Gründen des Schiedsspruches wird u. a. folgendes ausgeführt:

Die Schiedskommission hat verneint, daß Umstände vorliegen, die es rechtfertigen, daß das Montagewerk regelmäßig und auch im vorliegenden Falle eine kürzere Gewährleistungsdauer als zwei Jahre fordern kann. Gewährleistung heißt, daß der betreffende Betrieb dafür einsteht, daß im Zeitpunkt der Abnahme von Bauleistungen diese mangelfrei sind. Für Bauleistungen ist im § 23 ABB eine zweijährige Gewährleistung festgesetzt. In Anbetracht der Tatsache, daß Bauwerke eine Lebensdauer von mehreren Jahrzehnten haben sollen und daß häufig Mängel sich erst längere Zeit nach der Abnahme bemerkbar machen, ist diese Frist länger als für Warenlieferungen. Der Einbau von Be- und Entwässerungseinrichtungen sowie sanitären Anlagen unterscheiden sich in ihrem Charakter nicht von anderen Bauleistungen, wie Einsetzen von Fenstern, Verlegen von Fußböden usw. Für letztere Arbeiten gilt unbestritten die Gewährleistungsfrist von zwei Jahren und kann auch nicht durch Vereinbarung, trotz der Fassung des § 23, abgeändert werden, da dies mit der Grundforderung, die Qualität zu steigern, nicht im Einklang stehen würde. Auch die Tatsache, daß der Lieferant des Materials nur sechs Monate haftet, rechtfertigt es nicht, die Gewährleistungsfrist für das Montagewerk herabzusetzen. Auch die Lieferanten des Baubetriebes haften für ihr Material im großen Umfange lediglich sechs Monate, z. B. bei Lieferung von Glas, Dachpappe, Holz usw. Trotzdem muß der Baubetrieb für die Bauleistung zwei Jahre Gewähr übernehmen.

Mit den vom Montagebetrieb zu erbringenden Leistungen werden wichtige Bestandteile des Bauwerkes geschaffen, von denen sein Gebrauchswert und seine Nutzungsmöglichkeit maßgebend abhängt. Eine qualitativ einwandfreie Leistung muß deshalb gefordert werden. Hierzu trägt wesentlich die Verpflichtung bei, zwei Jahre lang für die eigene Arbeit und das hierzu benutzte Material Gewähr leisten zu müssen.

Auf Grund dieser Umstände und Überlegungen hat die Schiedskommission entschieden, daß im Interesse der Schaffung einwandfreier dauerhafter Bauwerke das Montagewerk verpflichtet ist, für seine Leistungen die reguläre Gewährleistung von zwei Jahren gemäß § 23 ABB zu übernehmen.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

11. Berichtswesen 1956

Die von der HV Städtebau und Entwurf für das Jahr 1956 beantragten Berichterstattungen wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik mit folgenden Kennziffern genehmigt:

1. Einnahmen- und Ausgabenanalyse	510/67
2. monatlicher Erfüllungsbericht	510/68
3. Kassenplan	510/70.

Die Berichterstattungen wurden am 19. 12. 1955 registriert und sind bis zum 31. 12. 1956 befristet.

Die genannten Berichte haben auf dem 1. Blatt oben rechts folgenden Vermerk zu tragen:

„Genehmigungsvermerk. Registriert bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik am 19. 12. 1955 unter Nr. 510/..... befristet bis zum 31. 12. 1956.“

12. Planung der Kosten der Hausanschlüsse als Baukosten durch den bautechnischen Projektanten

Zur Beseitigung von Unstimmigkeiten wird auf folgendes hingewiesen:

Die Kosten der Hausanschlüsse gelten insoweit als Baukosten, als die Errichtung der Anschlußanlagen nicht nach Abschnitt IV der Anlage 1 der Bekanntmachung der Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Elektroenergie und Gas aus den öffentlichen Versorgungsnetzen vom 21. Oktober 1933 (ZBl. S. 615, s. a. „Baurecht“ IV/231) den Energieversorgungsbetrieben der volkseigenen Energiewirtschaft (EVB) obliegt. Danach verlegen die EVB die elektrischen Leitungen bis zum Hausanschlußkasten und die Gasleitungen bis zum Hauptabsperrrhahn ohne Rücksicht auf deren Lage. Bei der Projektierung sind die Installationen also nur vom Hausanschlußkasten bzw. vom Hauptabsperrrhahn ab einwärts zu den Baukosten zu rechnen, nicht aber, worauf hinzuweisen besonderer Anlaß besteht, von der Abzweigung vom Hauptstrang ab.

13. Formblätter und Stempel der Organe der Staatlichen Bauaufsicht

Um eine Einheitlichkeit bei der Prüfung und Genehmigung der Projekte und der Bauausführung durch die Organe der Staatlichen Bauaufsicht zu erzielen, sind folgende Formblätter und Stempel zu verwenden:

A. Staatliche Bauaufsicht der Räte der Kreise

1. Vordrucke

- | | |
|-------------------------------|--------------------|
| a) Baugenehmigung (A) | Bestell-Nr. 06 023 |
| b) Bauantrag | Bestell-Nr. 06 009 |
| c) Meldungen | Bestell-Nr. 06 028 |
| d) Rohbauabnahmeschein (A) | Bestell-Nr. 05 353 |
| e) Gebrauchsabnahmeschein (A) | Bestell-Nr. 05 354 |

2. Stempel

- | | |
|---|-----------|
| a) Für Baugenehmigung (Zeichnungen) | Muster I |
| b) Für Baugenehmigung (Vordruck) | Muster II |
| c) Für Baugenehmigung „fliegende Bauten“ (Zeichnungen) unter Verwendung von (C) an Stelle von (A) | Muster I |
| d) Für Baugenehmigung „fliegende Bauten“ (Vordruck) | Muster II |
| e) Für Bauabnahme (Vordruck) | Muster II |

B. Gütekontrolle der volkseigenen Entwurfsbüros für Hochbau und für Industriebau

1. Vordrucke

- | | |
|--------------------|--------------------|
| Baugenehmigung (B) | Bestell-Nr. 06 030 |
|--------------------|--------------------|

2. Stempel

- | | |
|---|------------|
| a) Für Baugenehmigung (Zeichnungen) | Muster III |
| b) Für Baugenehmigung (Vordruck) und für Ausführungszeichnungen | Muster IV. |

- | | |
|---|--------------------------|
| c) Für statische Prüfung (statische Berechnungen) | Muster V |
| d) Für Ausführungszeichnungen der Statik und Rundstempel | Muster VII
Muster VI |
| e) Für Zeichnungen, die als Erläuterung zur statischen Berechnung gehören und Rundstempel | Muster VIII
Muster VI |

C. Gütekontrolle der volkseigenen Bauausführungsbetriebe

1. Vordrucke

- | | |
|-------------------------------|--------------------|
| a) Rohbauabnahmeschein (B) | |
| b) Gebrauchsabnahmeschein (B) | Bestell-Nr. 05 355 |

2. Stempel

Für Bauabnahmen durch:

- | | |
|---|-----------|
| a) zentral- und bezirksgeleitete Bauausführungsbetriebe | Muster IX |
| b) kreisgeleitete Bauausführungsbetriebe | Muster X |
| c) Bauausführungsbetriebe des Rates der Stadt unter Verwendung von (St) an Stelle von (K) auf Zwischen-, Rohbau- oder Gebrauchsabnahmeschein. | Muster X |

Die Stempel haben nur in Verbindung mit der Unterschrift des Vertreters der Staatlichen Bauaufsicht Gültigkeit.

Die Vordrucke sind unter den angegebenen Bestellnummern beim VEB Vordruck-Leitverlag Weimar, Weimar, Graben 2, zu beziehen.

(Siehe Muster I—X Seite 4).

14. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht

1. Zu § 6 der Verordnung vom 17. Februar 1955 über die Staatliche Bauaufsicht: Unterschriftsbefugnis bei Baugenehmigungen, Befreiungen, Gebrauchsabnahmescheinen, Einsprüche gegen Bauanzeigen usw.

Nach § 6, Abs. 1 der Verordnung haben die Organe der Staatlichen Bauaufsicht das Recht, zur Durchführung ihrer Aufgaben Einzelverfügungen zu erlassen, die ein Gebot, ein Verbot, eine Befreiung von bestimmten Vorschriften oder die Gewährung, Einschränkung oder Versagung einer Erlaubnis enthalten. Da nach § 1 der Verordnung die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke und Kreise die Staatliche Bauaufsicht in ihren Bereichen ausüben, sind in Zukunft Baugenehmigungen, Abnahmebescheinigungen, Befreiungen, Einsprüche gegen Bauanzeigen usw. vom Leiter der Abteilung Aufbau zu unterschreiben.

2. Zu § 7 der Verordnung: Festsetzung von Ordnungsstrafen

- | |
|--|
| a) Nach § 7, Abs. 2 der Verordnung sind die Organe der Staatlichen Bauaufsicht bei den Räten der Bezirke und Kreise befugt, Ordnungsstrafen bis zu 500,— DM zu verhängen. Danach sind Ordnungsstrafbescheide der Staatlichen Bauaufsicht vom Leiter der Abteilung Aufbau (vgl. § 1 der Verordnung) zu unterzeichnen. Es wird hierzu auf § 3, Abs. 1 der Verordnung vom 3. Februar 1955 über die Festsetzung von Ordnungsstrafen und die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens (GBI. I S. 128) Bezug genommen. |
| b) Von dem Erlaß von Ordnungsstrafbescheiden gegen staatliche Organe, demokratische Par- |

GENEHMIGT IN VERBINDUNG MIT DER BAUGENEHMIGUNG

STAATLICHE BAUAUFSICHT
KREIS (ORT)
BEZ. (ORT)

(A) Nr. _____
(ORT) , den _____

(NAME)

MUSTER I



MUSTER II

GENEHMIGT IN VERBINDUNG MIT DER BAUGENEHMIGUNG

STAATLICHE BAUAUFSICHT
Güte-Kontrolle
ENTWURF

(B) Nr. _____
(ORT) , den _____

GÜTEING. (NAME)
(ENTWURFSBÜRO FÜR)

MUSTER III



MUSTER IV

STATISCH GEPRÜFT IN VERBINDUNG MIT DEM PRÜFBSCHIED

STAATLICHE BAUAUFSICHT
Güte-Kontrolle
STATIK

Nr. _____
(ORT) , den _____

GÜTEING. (NAME)
(ENTWURFSBÜRO FÜR)

MUSTER V



MUSTER VI

† GEPRÜFT AUF EINHALTUNG
STATISCHER FORDERUNGEN
(ORT) , DEN _____

† GÜTEINGENIEUR FÜR STATIK
†
MUSTER VII

† ZUR STATISCHEN BERECHNUNG
GESEHEN
(ORT) DEN _____

† GÜTEINGENIEUR FÜR STATIK
†
MUSTER VIII



MUSTER IX



MUSTER X

MASSTAB 1:1

telen und Massenorganisationen ist in allen Fällen abzusehen.

15. Nutzung der „Meisterdecke“

Die Meisterdecke ist durch das Deutsche Ausschließungspatent Nr. 7608 geschützt.

Der Patentinhaber stellt gegenüber den bauausführenden Betrieben, welche dieses Deckensystem anwenden, Lizenzansprüche in Höhe von 1,— DM/m² nach Patent ausgeführter Decke.

Lt. Entscheid der Schlichtungsstelle für Vergütungsstreitigkeiten beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen sind die Betriebe, welche die Meisterdecke in Anwendung bringen, zur Zahlung der Lizenzgebühr verpflichtet.

Zur Vermeidung finanzieller Schwierigkeiten der Betriebe, welche dem Ministerium für Aufbau unterstellt sind, wurde der Patentinhaber für die bis zum 8. 10. 55 erfolgte Nutzung durch das Ministerium für Aufbau abgefunden.

Für die weitere Nutzung wird hiermit angeordnet:

1. Die Betriebe, welche eine Nutzung des Patentbesitzes beabsichtigen, schließen einen Lizenzvertrag mit dem Patentinhaber Johannes Leonhardt, Karl-Marx-Stadt, Bahnstr. 33.
2. Der Lizenzvertrag bedarf der Bestätigung des Ministeriums für Aufbau — HA Technik — Zentrales Büro für Erfindungswesen — vor rechtsgültiger Unterzeichnung durch den Baubetrieb.
3. Die Erstattung der Lizenzgebühr an den Patentinhaber hat aus den Mitteln des Baubetriebes zu erfolgen.

III. Bauindustrie

4. Besondere Erläuterungen zur Anwendung des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen. Anträgen geben Veranlassung, die Anwendung der Festpreise für Maurer- und Putzarbeiten an Hand der drei am Schluß des Blattes gegebenen Beispiele näher zu erläutern:

Erläuterung zum Beispiel 1

Zu Pos. 7: a) Grundwert für Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses, dazu die Geschoßzuschläge für das II., III. und IV. Obergeschoß sowie den Zuschlag für Giebelspitzen.

Bezugsbasis ist die Gesamthöhe des Giebels von 0 bis 7,00 m.

b) Die Abschrägung ist nach m² Fläche als besondere Position zu berechnen.

Liegt die Höhe x des Giebelmauerwerkes zwischen 3,31 und 5,00 m, so ist zu rechnen:

Grundwert bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses

Zuschlag für Mehrhöhe 3,30—5,00 m Zuschlag für die einzelnen Geschosse

Liegt die Höhe x des Giebelmauerwerkes über 7,00 m, so ist für je 3,30 m Mehrhöhe der Zuschlag für Geschosse zu berechnen. Die Werte beziehen sich ebenfalls auf die Gesamthöhe von 0 — x m.

Zu Pos. 6

und 5: Grundwert Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses.

Zu Pos. 6 2 x Geschoßzuschlag und zu Pos. 5 1 x Geschoßzuschlag und Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 4: Grundwert für Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses + Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 3: Grundwert für Erdgeschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe + Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 2: Grundwert für Kellermauerwerk bis 3,00 m Höhe. Da jedoch F. O. des Kellermauerwerk auf — 2,00 m liegt, erfolgt lt. Vorbemerkung Zuschlag für größere Tiefe.

Würde F. O. des Kellers auf — 1,50 m liegen, wäre der Zuschlag für größere Tiefe nicht anzuwenden.

Zu Pos. 1: Hier hat das zu Pos. 2 Gesagte Gültigkeit mit der Maßgabe, für Kellermauerwerk die Werte des Fundamentmauerwerkes in Ansatz zu bringen.

Erläuterung zum Beispiel 2

Zu Pos. 6: Grundwert „Mauern von 0—2 m Höhe“, dazu Transportzuschlag von 4,81—8,10 m sowie für je weitere 3,30 m. Der zuletzt angegebene Zuschlag errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Fußbodenoberkante} - 8,10}{3,30} = x$$

Der Wert x wird auf die jeweils ganze Zahl aufgerundet.

In unserem Beispiel:

$$\frac{22,50 - 8,10}{3,30} = 4,36 \text{ also 5mal Zuschlag}$$

der Pos. 32.021 a 3.

Der Transportzuschlag nach Pos. 32.021 a 1 wird nur angesetzt, wenn die Fußbodenhöhe über Gelände zwischen 1,51 und 4,80 m liegt.

Die Abschrägung ist nach m² besonders zu berechnen.

Zu Pos. 5: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk, und zwar getrennt nach a) 0 bis 2 m, b) über 2—6 m und c) über 6—10 m Höhe. Der Transportzuschlag errechnet sich wie bei der Pos. 6

$$\frac{12,50 - 8,10}{3,30} = 1,33 \text{ also 2mal Zuschlag}$$

Zu Pos. 4: Anzusetzen ist der Grundwert für das I. Obergeschoß sowie Zuschlag für größere Höhen über 3,30 bis 5,00 m. Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das II. Obergeschoß liegt, erfolgt 1mal Geschoßzuschlag.

Zu Pos. 3: Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das Erdgeschoß liegt, ist anzusetzen der Grundwert für das Erdgeschoß sowie Zuschlag für größere Höhen über 3,50 bis 5,00 m.

Zu Pos. 2: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk. Die Transportzuschläge errechnen sich lt. Vorbemerkung wie bei Mauerwerk über Geländeoberkante jedoch mit den veränderten Tiefenmaßen.

Das Gerüst ist nach m² Ansichtsfläche besonders zu berechnen.

Zu Pos. 1: Anzusetzen ist der Grundwert für Fundamentmauerwerk bis — 1,50 m unter Kellerfußbodenoberkante. Der Transportzuschlag ist der gleiche wie bei Pos. 2.

Erläuterung zum Beispiel 3

Zu Pos. 5: Wie Pos. 6 des Beispiels 2

Zu Pos. 4: Grundwert wie bei Pos 5 des Beispiels 2.

Transportzuschlag:

$$\frac{15,80 - 8,10}{3,30} = 2,33 \text{ also } 3\text{mal}$$

Zuschlag der Pos. 32.021 a 3.

Zu Pos. 3: Anzusetzen ist der Grundwert für Mauerwerk für das I. Obergeschoß sowie Zuschlag für Mehrhöhe über 3,30 bis 5,00 m.

Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das III. Obergeschoß liegt, erfolgt 2mal Zuschlag für Geschosse nach Pos. 32.014.

Zu Pos. 2: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk. Da F. O. mit Geländeoberkante gleich liegt, erfolgt kein Transportzuschlag. Gerüste sind nach m² Ansichtsfläche besonders zu berechnen.

Zu Pos. 1: Anzusetzen ist der Grundwert für Fundamentmauerwerk bis — 1,50 m Tiefe unter Geländeoberkante.

Zuschlag für größere Tiefen über 1,50 m bis 3,00 m.

5. Volkseigener Wohnungsbau**— Berichterstattung an das Ministerium für Aufbau —**

Ab 1. Januar 1956 entfällt die Übersendung einer Durchschrift folgender Meldungen über den volkseigenen Wohnungsbau durch die Räte der Bezirke. — Abteilung Aufbau — an das Ministerium für Aufbau — Abteilung Wohnungsbau —:

1. Stand der Projektierung (monatlich)
2. INV-Kontrollbericht (P 27 — monatlich)
3. Analyse (vierteljährlich)
4. Abrechnung des Kapazitätzuwachses durch Investitionen (P 28 — vierteljährlich).

Das Ministerium für Aufbau erhält diese Angaben ab 1. Januar 1956 von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

6. Wettbewerb zur Verkürzung der betrieblichen Abrechnungszeiten

In der richtigen Erkenntnis der Forderung des 21. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Finanzkontrolle zu verbessern, haben die verantwortlichen Funktionäre des VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt überprüft, inwieweit das Rechnungswesen ihres Betriebes tatsächlich das Instrument zur operativen Kontrolle des Planes ist. Die bei dieser Überprüfung der Organisation des Rechnungswesens des VEB mit Hilfe des Instituts für Rechnungswesen gesammelten Erfahrungen sind allen Baubetrieben durch die Artikelserie in der „DFW“ vermittelt worden.

Anlässlich der Baukonferenz vom 3. bis 6. April 1955 haben die Kollegen des Rechnungswesens in diesem VEB einen Wettbewerb angeregt. Im Hinblick auf die Bedeutung der kurzfristigen Abrechnung für die Steigerung der Rentabilität der VE-Baubetriebe hat das Ministerium für Aufbau, HA Bauindustrie, den Aufruf des VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt verwirklicht und in der zweiten Mitteilung der Abteilung Finanz- und Betriebswirtschaft vom 1. Juni 1955 zu einem Wettbewerb um die Verkürzung der Abrechnungszeiträume

aufgerufen. Es haben sich insgesamt 50 Baubetriebe beteiligt mit dem Ergebnis, daß die monatlichen Finanzberichte ab Oktober vorigen Jahres bis zu einer Woche früher als sonst hier eingegangen sind. In den Betrieben konnten die Abrechnungszeiten wesentlich verkürzt werden, und zwar wurden per 30. September 1955 gegenüber 1954 eingespart für die Fertigstellung der

Betriebsabrechnungsbogen im Durchschnitt
4 Arbeitstage

Abteilungsabrechnungsbogen im Durchschnitt
6 Arbeitstage

Finanzkurzmeldung im Durchschnitt
4 Arbeitstage

Als Sieger sind hervorgegangen:

- Gruppe I
1. VEB Bau-Union Leipzig
= 73 Punkte
 2. VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt
= 83 Punkte

- Gruppe II
1. VEB Bau (St) Plauen
= 66 Punkte
 2. VEB Bau (K) Aue
= 79 Punkte
 3. VEB Bau (K) Bautzen
= 90 Punkte

- Gruppe III
1. VEB Bau (K) Borna
= 57 Punkte
 2. VEB Bau (K) Kamenz
= 58 Punkte
 3. VEB Bau (K) Gotha
= 61 Punkte
 3. VEB Bau (K) Spremberg
= 61 Punkte
 4. VEB Bau (K) Döbeln
= 66 Punkte

Wir danken allen am Wettbewerb beteiligt gewesenen Kolleginnen und Kollegen für ihren beispielhaften besonderen Einsatz und hoffen, daß ihre guten Erfolge ein Ansporn für die übrigen Betriebe sein wird, nicht zurückzubleiben und durch geeignete Maßnahmen auch ihr Rechnungswesen zu verbessern und die Abrechnungszeiten weiter zu verkürzen.

7. Angebot**von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung**

1. Der VEB Hartsteinwerke Hohnstädt meldet eine außer Betrieb gesetzte fahrbare Teer-Misch-Anlage mit einer Produktionsleistung von ca. 40 t/8 Std. zur Umsetzung. Die Anlage besteht aus:
 - 1 fahrbaren Dampflokomobile,
 - 1 fahrbaren Trockentrommel mit Mischer,
 - 2 dazugehörenden Teerbehältern mit Pumpe,
 - 2 Teerkochern und
 - 1 Tank für Heizöl.

Die an einer Umsetzung interessierten Betriebe setzen sich unmittelbar mit dem anbietenden Betrieb in Verbindung.

2. Der VEB Brauerei und Malzfabrik Schönebeck meldet eine 60-PS-Diesellok, Fabrikat Babelsberg, Baujahr 1954, zum Umtausch gegen eine 90-PS- bzw. 120-PS-Diesellok.

An einem Umtausch interessierte Betriebe setzen sich unmittelbar mit dem anbietenden Betrieb in Verbindung.

8. Maschinenanforderung für Baumechanik-Reparatur-Betriebe

Die Abteilung Aufbau beim Rat des Bezirkes Neubrandenburg hat gemäß Teil II Abschnitt A Ziffer 3 c) des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen (GBl. I S. 297) mit Wirkung vom 1. Januar 1956 einen selbständigen VEB (K) Baumechanik-Reparaturwerk gebildet.

Zur besseren und vollständigen Ausrüstung dieses Reparaturbetriebes werden noch folgende Maschinen und Geräte benötigt:

1. Leit- und Zugspindel-Drehmaschine
Bettlänge 2000 mm
2. Kurbelwellen-Schleifmaschine
3. Zylinder-Schleifmaschine
4. Waagerechte Stoßmaschine
(Langhobel 1000 bis 2000 mm)
5. Senkrechte Stoßmaschine
(Aufspannfläche des Tisches 650 × 250 mm)
6. Präzisions-Bohrmaschine bis 50 mm \varnothing Bohrung
7. Universal-Fräsmaschine (waagrecht)
(Tischgröße 1400 × 355 mm)
8. Genauigkeits-Senkrecht-Frä- und Bohrmaschine
mit automatischem Vorschub am Fräsekopf und
Arbeitstisch mit Dreibackenfutter und
Planscheibe
9. Elektro-Handschleifmaschine
10. Zehn Schraubstöcke

Entsprechend den Beratungen der Baukonferenz und dem Ministerratsbeschuß vom 21. April 1955 sind die neuen Baumechanik-Reparaturwerke in den Bezirken zur beschleunigten Durchführung der Baumaschinen-Reparaturen und Herabsetzung der Reparaturkosten zu bilden.

Die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke werden aufgefordert, gemeinsam mit den volkseigenen Baubetrieben zu überprüfen, inwieweit zur Unterstützung des im Bezirk Neubrandenburg gebildeten Baumechanik-Reparaturwerkes die vorstehend genannten Maschinen aus den Reparaturwerkstätten der Baubetriebe herausgezogen und an den Bezirk Neubrandenburg abgegeben werden können.

Entsprechende Freimeldungen sind mit folgenden Angaben

- Bezeichnung der Maschine (Fabrikat)
- Leistung (technische Daten)
- Baujahr
- Anschaffungs- und Zeitwert

zur weiteren Vermittlung der Hauptabteilung Bauindustrie, Abteilung Organisation und Technik, zu übersenden.

9. Sparsame Verwendung von Splitt in der Bauausführung

Die Kontrollorgane stellen in der Bauwirtschaft immer wieder fest, daß einerseits die Versorgung der wichtigsten Baustellen mit Splitt nicht in vollem Maße ausreichend ist, während auf anderen Baustellen Splitt verschwendet und dieser wertvolle Zuschlagstoff für die Herstellung von Beton mit geringer Festigkeit (z. B. für Fundamente) oder bei der Herstellung von Kratzputz verarbeitet wird.

Die erhöhten Investitionen der Baustoffindustrie im Jahre 1956 werden in bestimmtem Umfang zur Kapazitätserweiterung der Kieswerke verwendet, die damit Sieb- und Waschanlagen neu einrichten oder vergrößern. Die volkseigenen Baubetriebe müssen unter diesen Voraussetzungen bei der Bestellung und Lieferung von Betonzuschlagstoffen von den Baustoffbetrieben die frist- und qualitätsgerechte Versorgung durchsetzen. Es ist darauf zu achten, daß die Zuschlagstoffe den im bestätigten Entwurf festgelegten Konstruktionen entsprechend in getrennten Korngrößen bestellt und angeliefert werden, die Qualität den DIN-Bestimmungen entspricht und die zulässige Menge an abschlämmbaren Bestandteilen nicht überschritten wird.

Die Verwendung von Splitt darf nur auf die Konstruktionen beschränkt bleiben, die diesen hochwertigen Zuschlagstoff unbedingt erfordern.

Zugleich werden die Baubetriebe darauf hingewiesen, daß mit der Einführung der Festpreise für Bauhauptleistungen die sparsame Verwendung von Baustoffen offensichtlich notwendig wird.

Die Verschwendung von Splitt verstößt damit gegen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bei der Bauausführung und verbietet sich von selbst.

Die Betriebsleiter und technischen Leiter der Baubetriebe sowie die Bauleiter sind verpflichtet, diese Hinweise zu beachten, und die Organe der Staatlichen Bauaufsicht haben die Verwendung von Zuschlagstoffen, insbesondere von Splitt, in bautechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu kontrollieren.

gez. Winkler

Minister

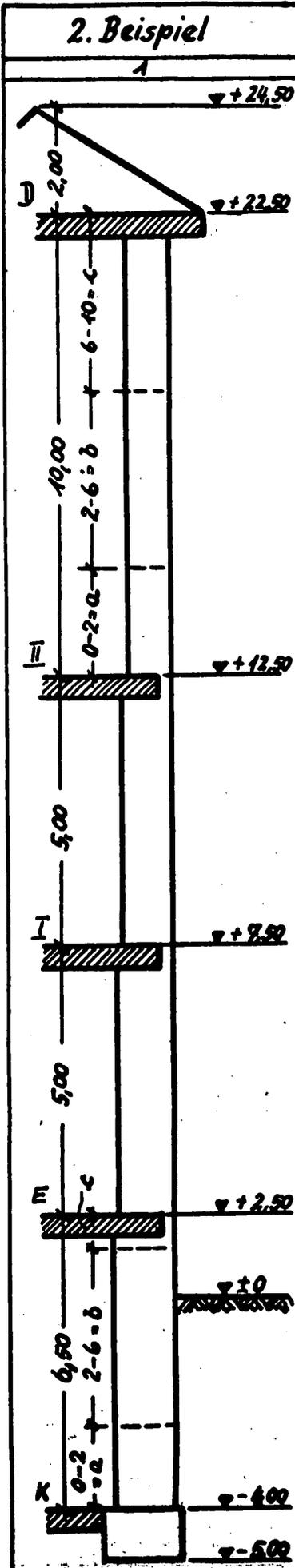
1. Beispiel

1	2	3	4	5
	7	Mauerwerk im Dachgeschoß a) bis 3,30 m Höhe Geschoßzuschl. 3 . 0,28 Zuschl. für Giebelspitzen b) Abschrägung des Giebelmauerwerks für 1 m ²	32 013 32 014 32 033 32 044	69,44 0,78 1,48 <hr/> 71,70 <hr/> 4,20
	6	Mauerwerk III. Obergeschoß Grundwert I. Obergeschoß Geschoßzuschl. 2 . 0,28	32 013 32 014	69,44 0,52 <hr/> 69,96
	5	Mauerwerk im II, Obergeschoß Grundwert I. Obergeschoß Geschoßzuschl. Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m	32 013 32 014 32 032	69,44 0,28 0,86 <hr/> 70,58
	4	Mauerwerk im I. Obergeschoß Grundwert bis 3,30 m Höhe Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m	32 013 32 032	69,44 0,86 <hr/> 70,30
	3	Mauerwerk im Erdgeschoß Grundwert bis 3,30 m Höhe Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m	32 012 32 032	66,87 0,86 <hr/> 67,73
	2	Kellermauerwerk Grundwert bis 3,00 m Höhe Vorbemerkung Zuschl. für große Tiefe	32 011 32 032	66,89 0,86 <hr/> 67,55
	1	Fundamentmauerwerk Grundwert bis - 1,50 m Zuschl. über 1,50 bis 3,50 m	32 002 32 032	65,09 0,86 <hr/> 65,95

3. Beispiel

1	2	3	4	5	
	Pos. Nr.	Bezeichnung	Katalog Nr.	Festpreis DM	
	5	Mauerwerk des Giebels Grundwert von 0 bis 2 m Vorb. Transportzuschl. 2,75 + 5 · 0,26	32 019	64,55 4,05 <u>68,60</u>	
	4	Mauerwerk im II. Obergeschoß			
	a)	Grundwert von 0 bis 2 m Transportzuschl. 2,75 + 3 · 0,26	32 019 32 021a	64,55 3,53 <u>68,08</u>	
	b)	Grundwert über 2 bis 6 m Transportzuschl. wie Pos. 4a	32 020 32 021a	67,17 3,53 <u>70,70</u>	
	c)	Grundwert über 2 bis 6 m Mehrhöhe über 6 bis 10 m Transportzuschl. wie Pos. 4a	32 020 32 021 32 021a	67,17 0,27 3,53 <u>70,97</u>	
	Gerüst besonders berechnen				
	3	Mauerwerk im I. Obergeschoß Grundwert bis 3,30 m Höhe Zuschl. bis 5,00 m Höhe Vorb. Zuschl. für Fußbodenmehrhöhe 2 · 0,26	32 013 32 032 32 014	69,44 0,86 0,52 <u>70,82</u>	
	2	Mauerwerk im Erdgeschoß			
	a)	Grundwert von 0 bis 2 m	32 019	64,55	
	b)	Grundwert über 2 bis 6 m	32 020	67,17	
	c)	Grundwert von 2 bis 6 m Zuschl. 6 bis 10 m	32 020 32 021	67,17 0,27 <u>67,44</u>	
	d)	Grundwert von 2 bis 6 m Zuschl. 6 bis 14 m	32 020 32 021	67,17 0,54 <u>67,71</u>	
	Gerüst besonders berechnen				
	1	Mauerwerk der Fundamente Grundwert bis — 1,50 m Zuschl. bis — 3,50 m	32 001 32 005	64,62 2,59 <u>67,21</u>	

2. Beispiel



Pos. Nr.	Bezeichnung	Katalog Nr.	Festpreis DM
2	3	4	5
6	Mauerwerk im Dachgeschoß Grundwert von 0 bis 2 m Vorb. Transportzuschl 2,75 + 5.0,26	32 019	64,55 4,05 68,60
5	Mauerwerk im II. Obergeschoß		
a)	Grundwert von 0 bis 2 m Transportzuschl. 2,7 + 2.0,26	32 019 32 021a	64,55 3,27 67,82
b)	Grundwert von 2 bis 6 m Transportzuschl. wie bei a)	32 020	3,27 70,44
c)	wie Pos. b) Zuschl. für Mehrhöhe 6 bis 10 m	32 021	70,44 0,27 70,71
Gerüst besonders berechnen			
4	Mauerwerk im I. Obergeschoß bis 3,30 m Höhe bis 5,00 m Höhe Geschoßzuschl. 1.0,26	32 013 32 032 32 014	69,44 0,86 0,26 70,56
3	Mauerwerk im Erdgeschoß bis 3,30 m Höhe bis 5,00 m Höhe	32 012 32 032	66,87 0,86 67,73
2	Mauerwerk im Tiefkeller		
a)	Grundwert von 0 bis 2,0 m Höhe Vorb. bis - 3,50 m Vorb. bis - 6,80 m	32 019 32 032 32 014	64,55 0,86 0,26 65,67
b)	Grundwert von 2,0 bis 6,0 m Transportzuschl. wie bei a)	32 020	67,17 1,12 68,29
c)	Grundwert von 2,0 bis 6,0 m Höhe Zuschl. von 6,0 bis 10,0 m Höhe Transportzuschl. wie bei a)	32 020 32 021	67,17 0,27 1,12 68,56
Gerüst besonders berechnen			
1	Fundamentmauerwerk bis - 1,50 m Vorb. bis - 3,50 m Vorb. bis - 6,80 m	32 002 32 032 32 014	65,09 0,86 0,26 66,21